

## Kapitel 10 – Nach der Flucht

---

Nachdem Teil I dieses Buches die wesentlichen Etappen von Flucht und Ankunft aus Perspektive der Geflüchteten beleuchtet hat, richtete Teil II seinen Blick stärker auf die aufnehmende Gesellschaft und die lokale Ebene. Anhand von verschiedenen Fallbeispielen habe ich gezeigt, wie mit der Herausforderung der Geflüchtetenaufnahme in den Jahren 2015/16 umgegangen wurde und welche Varianz in den Politikansätzen, Haltungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung sowie in den öffentlichen und politischen Diskursen zu beobachten war. Der dritte Buchteil »Land in Sicht« führt beide Erzählstränge wieder zusammen und entwickelt Zukunftsperspektiven, einerseits mit Blick auf die individuellen Biographien von Geflüchteten, andererseits in Bezug auf die Aufnahmegerügschaft und Deutschland als Aufnahmeland.

Dabei kommt diese abschließende Analyse nicht ohne einen weiteren Rückblick aus, denn seit dem ›Langen Sommer der Migration‹ sind weitere Jahre und weitere Krisen ins Land gegangen, die jeweils den Kontext für die Aufnahme von Geflüchteten, ihre Integration und die kollaborative Gestaltung des zukünftigen Zusammenlebens beeinflusst haben. Im März 2020, rund vier Jahre nachdem die Gemeinden eine knappe Million Asylsuchender aufgenommen hatten, musste sich das Land der Corona-Pandemie stellen. Zweieinhalb Jahre lang sollte die Pandemie weitgehend den Alltag bestimmen und durch Kontaktbeschränkungen, wirtschaftliche und soziale Verwerfungen auch hart in den Integrationsverlauf der Geflüchteten eingreifen. Die Corona-Krise war noch nicht vorbei, da stand bereits die nächste Krise vor der Tür: mit dem russischen Überfall auf die Ukraine setzte Ende Februar 2022 eine weitere massive Fluchtbewegung ein, die innerhalb von zwölf Monaten nochmals eine Million Schutzsuchender nach Deutschland brachte. Und parallel zu diesen Ereignissen konnte eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung beobachtet werden, nicht nur aber auch maßgeblich anhand des Themas Migration. Der sich verschärfende politische und öffentliche Diskurs stellt eine weitere Kontextbedingung von Geflüchtetenaufnahme und -integration dar, da er sich in vielfältiger Weise auf die Rezeptivität lokaler Gesellschaften auswirkt.

## 10.1 Nach dem ›Langen Sommer der Migration‹

Mit der Blockade der Balkanroute ab dem Frühjahr 2016 gingen die Ankunftszyhlen von Geflüchteten in Deutschland rasch und signifikant zurück. Die jährliche Zahl der Asylanträge sank bereits 2017 auf unter 200.000 und sollte in den Folgejahren stetig weiter sinken. Wesentliche Aufnahme- und Integrationsstrukturen waren zum Laufen gebracht worden, und so zeigte sich nach und nach eine Konsolidierung der Situation. So weit sogar, dass die kommunalen Verantwortungsträger die Thematik bereits wieder von der Agenda gekippt hatten. Zumindest war dies unsere Wahrnehmung, als wir in der Vorbereitung eines Forschungsprojektes im Frühjahr 2018 die Rathäuser von sächsischen Kleinstädten abklapperten und den Bürgermeister:innen erläuterten, wir wollten die Integration von Geflüchteten in ihrer Gemeinde erforschen. Mehr als einmal hörten wir »Da hätten Sie früher kommen müssen. Damit sind wir schon durch!« Das wurde zwar von weiteren Gesprächspartner:innen in den Gemeinden, mit denen wir im Verlauf des Projektes sprachen, signifikant anders wahrgenommen, doch von der (kommunal)politischen Agenda war das Thema Geflüchtetenaufnahme, das sich für sie vor allem als Unterbringungsfrage dargestellt hatte, bereits weiter nach unten gerutscht. In vielen von uns besuchten Kommunen hatte man dementsprechend die regelmäßigen Runden Tische beendet, an denen seit 2015 alle beteiligten Akteure bis hin zum Rathauschef zusammenmaßen, sich auf dem Laufenden hielten und schnelle Entscheidungen auf den Weg brachten. Angesichts der wechselnden Krisen, die es auf kommunaler Ebene zu bearbeiten gilt, konnte das Thema Asyl nicht dauerhaft so prominent auf der Agenda verbleiben. Für die weitere Bearbeitung des Integrationsprozesses hatte man die Ausländerbehörden, die Schulen und die Jobcenter. Und die Ehrenamtlichen waren ja ohnehin freiwillig an der Thematik dran. So schien der dominante Erklärungsrahmen.

### 10.1.1 Enttäuschte Erwartungen

Tatsächlich hatten all diese Akteure weiterhin alle Hände voll zu tun, um das Ankommen und den längerfristigen Integrationsprozess für die große Anzahl an Menschen aus so unterschiedlichen Weltregionen zu gestalten. Dabei mussten sie sich gleichzeitig mit einer Flut an Gesetzesänderungen befassen, die in der ein oder anderen Weise Einfluss nahmen auf die Integrationsmöglichkeiten ihrer Klient:innen. So führte beispielsweise das 2016 in Kraft getretene ›Integrationsgesetz‹ genannte Bündel an gesetzlichen Neuerungen zu einer Aufspaltung der Geflüchteten in solche mit ›guter‹ und solche mit ›schlechter‹ Bleibeperspektive. Während für jene mit guter Bleibeperspektive Zugänge zu Sprachkursen und anderen Fördermöglichkeiten stark liberalisiert wurden, erlebten Menschen aus Herkunftsländern mit relativ niedrigen Schutzquoten einen weitreichenden Ausschluss aus Integrationsmaßnahmen und lange Wartezeiten im Asylverfahren. Im Jahr 2016 dauerte es durchschnittlich sechs Monate, bis man überhaupt einen Termin für die Asylantragstellung erhielt, d.h. das erste halbe Jahr des Aufenthalts verging für die meisten Geflüchteten mit unproduktivem Warten. Jene mit ›schlechter Bleibeperspektive‹, wie z.B. Menschen aus Somalia oder Pakistan, mussten mehr als 15 Monate auf die Asylentscheidung warten, während Asylsuchende mit ›guter Bleibeperspektive‹ schneller an die Reihe kamen (Deutscher Bundestag 23.02.2018). Und

gerade jene, die nach einem abgelehnten Asylantrag den Klageweg beschritten, fanden sich oft über Jahre in dem bereits mehrfach so benannten Limbo-Zustand wieder, in dem alle Hoffnungen und Zukunftserwartungen auf Eis liegen (vgl. Textbox 10.1).

*Textbox 10.1: Familienleben im Limbo*

Wir treffen die Iranerin Imscha Hosseini\* in einer Gemeinschaftsunterkunft in Norddeutschland. Sie lebt dort bereits seit vier Jahren. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, nun befindet sie sich im Widerspruchsverfahren. Imscha Hosseini\* hat im Iran Psychologie studiert und als Psychologin gearbeitet. Ihr Studienabschluss wurde in Deutschland bereits auf Bachelor-Niveau anerkannt. Gerne würde sie ein Masterstudium anschließen, doch angesichts der wahrscheinlichen endgültigen Ablehnung ihres Asylantrags wird das nicht möglich sein. Stattdessen plant sie, eine Ausbildungsduldung zu beantragen und eine Ausbildung zur Erzieherin zu absolvieren. Derweil geht das Leben trotzdem weiter. Ihr Sohn, mit dem zusammen sie vor acht Jahren den Iran verlassen hatte, ist inzwischen zehn Jahre alt. Ihr Mann ist vor drei Jahren nachgekommen. Sein Asylverfahren endete ebenfalls mit einer Ablehnung, nun hat er eine Duldung, die ihm aber keine Beschäftigung erlaubt. Inzwischen hat das Paar ein weiteres Kind bekommen und hofft, wenigstens in eine eigene Wohnung umziehen zu dürfen. Seit einem Jahr warten sie darauf, dass ihr Antrag zum Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft entschieden wird.

Nachdem 2015 die Willkommenskultur greifbar war, machte sich mit den Jahren vielerorts Ernüchterung breit, weil sich die Integrationserfolge der Geflüchteten nicht so schnell einstellten, wie man erwartet hatte. Die Sozialarbeiterin Rana Hamoud\* macht dies auch an der Überlastung der Aufnahmesysteme fest.

2015 gab es eine riesige Unterstützung. Aber dann 2018 war die Situation ein bisschen anders. Also man merkte, ja okay, die Deutschen waren enttäuscht, dass die Leute die Sprache nicht so schnell gelernt haben. Aber die haben nicht verstanden, dass die Leute auch keine Möglichkeiten hatten, die Sprache zu lernen. Es gab lange Wartelisten für Deutschkurse, zum Beispiel bei der Volkshochschule oder bei anderen. Also die haben sehr lange gewartet. Gleichzeitig haben die Deutschen aber erwartet, dass die Leute in zwei, drei Jahren die Sprache sprechen können. Die haben nur gesehen auf der Straße, da waren zu viele Migranten, die nichts zu tun haben. Die waren die ganze Zeit unterwegs, die trafen sich miteinander und die haben auch immer auf Arabisch gesprochen. Das hatte eine sehr negative Auswirkung auf die Integrationsbilder. Also die Deutschen waren enttäuscht, weil die sagen, dass alles, was die erwartet haben, gar nicht geklappt hat.<sup>1</sup>

Rana Hamoud\* kam selbst 2014 aus Syrien, als die Ankunftszyahlen noch niedriger waren, wie sie betont. Daher konnte sie die wichtigen Stationen des Asylverfahrens rasch hinter sich bringen. Bereits eine Woche nach ihrer Ankunft saß sie im Deutschkurs. Bald

<sup>1</sup> Interview mit Rana Hamoud\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, November 2021.

darauf fing sie ehrenamtlich an, in einem Begegnungszentrum als Übersetzerin zu arbeiten. Später wurde sie dort fest angestellt. Die von ihr geschilderte Ernüchterung sieht sie auch auf Seiten der Geflüchteten: »Die haben so viel geträumt und die Erwartungen waren sehr hoch. Und dann sind sie in Deutschland und sitzen nur zuhause. Ja, also beide Seiten sind sehr enttäuscht.« Die Sozialarbeiterin Carola Weise\*, die im niedersächsischen Bad Körheim\* ein Begegnungszentrum leitet, teilt diese Beobachtung. Während die meisten Geflüchteten unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland euphorisch und voller Tatendrang waren, würden sie durch die langen Wartezeiten und die vielen Hürden und oft unverständlichen Regelungen zermürbt.

Meine Erfahrung mit den Menschen, die halt her gekommen sind 2015 und dann auch Anfang 2016, da war ganz viel Energie, ganz viel, »Wir wollen uns hier einbringen, wir wollen was tun, wir wollen unterstützen. Wir sind dankbar, dass wir hier sein können und wir wollen was machen.« Und das ist mittlerweile in viel Resignation gemündet. Immer wieder quasi an bürokratischen Hürden zu scheitern. Immer wieder zu hoffen, dass die Familie kommt und sie kommt nicht. Und das ist hart. Das finde ich extrem hart zu sehen und ich glaube, Integration funktioniert nicht, so lange von vielen Männern die Familien halt sonst wo noch sind. Weil das ist, das Herz ist nicht hier. Der Körper mag hier sein, aber die sind nicht da.<sup>2</sup>

Die Frustration der Geflüchteten über den schleppenden Integrationsprozess greift auch auf die Ehrenamtlichen über. In der individuellen Begleitung von Geflüchteten erleben sie hautnah mit, wie unübersichtlich die gesetzlichen Vorgaben sind, wie wenig hilfreich manche Behördenmitarbeiter:innen, und wie intransparent Entscheidungen ausfallen, insbesondere wenn sie aufenthaltsrechtlicher Art sind und damit auch den Zugang zu Integrationsmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten betreffen. Frustration über die Perspektivlosigkeit ihrer meist jungen Mentées paart sich an dieser Stelle mit Wut auf Ämter und Behörden, von denen sich die ehrenamtlichen Integrationshelfer:innen nicht unterstützt und wahrgenommen fühlen (Passauer Neue Presse 22.07.2016, 18.06.2018). Jetzt, am Übergang von unmittelbarer Notversorgung zur langfristigen Integrationshilfe, erleben viele Unterstützergruppen, dass ihre Mitgliederzahlen massiv schrumpfen, obgleich die Aufgaben bestehen bleiben und sich häufig angesichts des fortwährenden Zugangs von neuen Asylsuchenden in Daueraufgaben verwandeln. Gertrud Porzelt\*, fränkische Lokalpolitikerin, vermutet, genau dies sei »politisch gewollt«:

Und ich glaube, DAS war ganz viel an mich herangetragen wurde, [...], dass sich die Helfer SEHR im Stich gelassen gefühlt haben. Also das war was, wo sie immer gesagt haben: untereinander ja, läuft gut, aber so von politischer Ebene, auch von Landkreis-ebene leider, dass sie sich da wirklich gedacht haben: »Wir hauen uns ja die Köpfe ein, wir sind VÖLLIG frustriert, wir haben gar keinen Bock mehr, wir KÖNNEN auch nicht mehr, wir sind am Ende von unserer Leistungsfähigkeit angekommen« und, ja, ich denke, es war politisch gewollt. Meine Ansicht oder Einschätzung, weil dieses, »Wir schaffen das« und diese WILLKOMMENSKULTUR, die war ja da! Die war ja auch bei uns im

---

<sup>2</sup> Interview mit Carola Weise\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Leiterin eines Begegnungszentrums, Januar 2019.

Landkreis da! Aber wenn dann die Leute immer wieder ins LEERE laufen, wenn sie sich wirklich bemühen, dass die Sprachkurse laufen, dass die Schulausbildung läuft, dass geholfen wird mit irgendwelchen Nachhilfeschulungen und dass dann wirklich Ausbildungsplätze oder Arbeitsplätze da sind, und dann heißt es: »NEIN!« Und dann heißt es wieder »nein« und wieder »nein« und wieder »nein« und kein Weg geht, das frustriert die Leute. Und dann kann es sehr leicht ins Gegenteil schwappen, dass man sagt: »Ja, dann will ich auch nicht mehr!« Und ich denke, das haben wir einfach schlecht gemacht, hat Politik schlecht gemacht. Da war Bevölkerung VIEL, viel weiter als Politik, die gesagt hat »Boot ist voll« und »es geht nicht« und »Asyltourismus« und »Flüchtlingswelle«, und was es dann alles hieß. Und da hat man eigentlich das Positive, was da war, systematisch kaputtgemacht und die Ergebnisse haben wir heute.<sup>3</sup>

In diese Reflexionen ist die bittere Erkenntnis eingelagert, dass das Momentum des ›Langen Sommers der Migration‹ nicht genutzt wurde. Die Massenankunft von Geflüchteten stellte zweifellos eine Krisensituation dar. Krisen nötigen allen Beteiligten Außergewöhnliches ab, und sie setzen kollektive Energien frei. Viele Krisen lassen sich nur meistern, indem Althergebrachtes über Bord geworfen wird und Dinge *out of the box* gedacht und gemacht werden. Allein schon, weil nicht für jede Herausforderung ein etabliertes Handlungsschema bereitsteht. Dies wurde vor Ort, in den Kommunen, insbesondere seitens der Ehrenamtlichen erkannt und auch entsprechend reagiert, wie wir in den Fallbeispielen in Kapitel 9 bei allen Unterschieden sehr deutlich gesehen haben. Die absehbaren Schwierigkeiten, die es mit sich bringt, wenn innerhalb kurzer Zeit rund eine Million Menschen mit Fluchthintergrund und unterschiedlichen Integrationsvoraussetzungen in Deutschland ankommen und ihren weiteren Weg finden müssen, wurden seitens der aktiven Zivilgesellschaft mit positiver Energie gekontert, und auch die Geflüchteten brachten diese Energie mit. »Wir wollen uns hier einbringen, wir wollen was tun, wir wollen unterstützen. Wir sind dankbar, dass wir hier sein können und wir wollen was machen«, wie Carola Weise<sup>\*</sup> die kollektive Haltung der Geflüchteten 2015/16 reflektierte. Zwar erzeugt die Ankunft durchaus ambivalente Empfindungen in der Mehrheitsgesellschaft, aber die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind relativ gut, um die vielen Menschen konstruktiv zu absorbieren. Überwiegend junge bis sehr junge Geflüchtete treffen auf eine stabile Wirtschaft und einen Arbeitsmarkt, der sich mitten im demographischen Wandel befindet. Die Ehrenamtlichen lassen ihre Beziehungen spielen, und später steigen die hauptamtlichen Arbeitsmarktentor:innen ein, um Geflüchtete und Arbeitgeber:innen zueinander zu bringen. Eine Vielzahl von Erfolgserlebnissen bahnt sich an. Doch diese gesammelten positiven Energien erlahmen in den Mühlen der Bürokratie. Das Aufnahmesystem erweist sich trotz aller individuellen Anstrengungen als träge, die Entscheidungen von Bund und Ländern greifen nicht optimal ineinander, und im politischen Diskurs fehlt die gemeinsame Zielsetzung, die im Merkel'schen »Wir schaffen das« appellativ formuliert, aber nicht in die kollektive Handlungsorientierung übernommen wurde. Während die einen vor allem Sicherheit und Kontrolle zurückbringen wollen, sehen die anderen das Ziel des »Schaffens« in der Integration der Geflüchteten, nicht nur um derer selbst willen, sondern auch, um den

<sup>3</sup> Interview mit Gertrud Porzelt<sup>\*</sup> (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Aktive, Dezember 2019.

gesellschaftlichen Frieden aufrecht zu erhalten. Die Ambivalenz politischer Positionen zwischen dem Integrationsparadigma auf der einen und dem Kontrollparadigma auf der anderen Seite zeigt sich nirgends besser als an dem 2016 in Kraft getretenen Integrationsgesetz mit seiner doppelten Stoßrichtung, die Geflüchtete nach Bleibeperspektive sortiert. Auf der einen Seite ebnet es für Asylsuchende mit ›guter Bleibeperspektive‹ Wege in den sicheren Aufenthalt, wobei es in den Details so viele Stolperschwellen aufweist, dass sein Effekt gefährdet wird. Andererseits wird versucht, für jene mit ›schlechter Bleibeperspektive‹ die Hängebrücken hochzuziehen, obgleich sich die Betroffenen doch bereits in der Festung befinden. Dass Rückführungen aus verschiedensten Gründen schwierig sind, dass ihre Realisierungschancen mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland schwinden, das alles ist bereits 2016 hinlänglich bekannt. Und so setzt eine Phase der doppelten Enttäuschung ein. Jene mit Bleibeperspektiven erkennen, dass sie einen schier endlosen Integrationsweg vor sich haben, der durch behördliche und infrastrukturelle Engpässe schier ins Unendliche verlängert wird. Jene mit schlechter Bleibeperspektive werden von ihren Zukunftserwartungen abgeschnitten, indem Integrationsbedingungen systematisch verschlechtert werden. Sie erhalten keinen Zugang mehr zu Deutschkursen, teils werden Arbeitserlaubnisse zurückgezogen. Sie erleben endlose Zeiten des Wartens und Bangens, wenn sie sich nach der Ablehnung des Asylantrags auf den Klageweg begeben. Diejenigen, die lediglich geduldet sind, finden sich in einem andauernden Zustand der Angst wieder.

Für die Ehrenamtlichen stellt sich die Situation so dar, dass nach einer Phase relativer Handlungsfreiheit, während der sie ihre eigenen Ressourcen und ihr eigenes Sozialkapital einsetzen konnten (und mangels unmittelbar verfügbarer hauptamtlicher Hilfsangebote auch mussten), um Integration vor Ort voranzutreiben, nun plötzlich der Staat mit aller Macht aufs Spielfeld rückt, mit einer Fülle von Restriktionen, bürokratischen Hürden und unverständlichen Regulierungen im Gepäck. In dieser Phase ist vielerorts eine Politisierung der Ehrenamtlichen zu beobachten, so etwa im Bayrischen Wald, wo sich eine Helfergruppe an den für Geflüchtete geltenden Verordnungen reibt, die ihre Lage verkomplizieren und damit auch die Unterstützungs möglichkeiten der Ehrenamtlichen torpedieren. In der strukturschwachen Region erweist sich vor allem die 2016 eingeführte Wohnsitzauflage für Geflüchtete als Hemmnis für die Arbeitsmarktreintegration, denn nicht immer wohnen Geflüchtete dort, wo es für sie eine passende Arbeitsstelle gibt. Aufgrund des mäßig ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs haben Geflüchtete häufig keine Chance, von ihren entlegenen Wohnstandorten zu Arbeits- oder Ausbildungsorten zu gelangen. Der Unterstützerkreis verfasst daher eine Resolution und fordert, dass Asylsuchende auch während des Verfahrens umziehen dürfen, insofern sie eine Berufsausbildung beginnen. Allerdings stellt sich die Frage des Wohnens im Anschluss an das Asylverfahren grundsätzlich als problematisch dar, was die Anzahl von »208 Fehlbelegern« in den Asylunterkünften der betreffenden Region im Bayrischen Wald zeigt (Passauer Neue Presse, 01.08.2016). Die Vorboten der nächsten Unterbringungskrise zeigen sich also bereits im Jahr 2016 in Form einer »Auszugs krise«.

Es sieht so aus, als hätten zu diesem Zeitpunkt die unmittelbar mit den Geflüchteten arbeitenden Ehrenamtlichen einen wesentlich deutlicheren Blick auf die Funktionalität des Aufnahmesystems und auf das Ineinandergreifen von Integrationsangeboten als die politischen Akteure. Und anders als diese nehmen sie sich die Zeit, ihre Erfahrungen

aus der Anfangszeit zu reflektieren. In Mittelfranken entwickeln die Ehrenamtlichen einen »Ersthelferleitfaden«, um das gesammelte Wissen an neue Ehrenamtliche weiterzugeben (Fränkische Landeszeitung, 10.03.2018). Auch an der Entwicklung eines Integrationskonzeptes für den Landkreis sind sie beteiligt, von dem »alle profitieren [sollen], die in der Integrationsarbeit aktiv sind« (Niephaus 2018). Besonders aber soll das Konzept Verbesserungen im Bereich der Arbeitsmarktintegration bringen, indem die Vernetzung von Akteuren gefördert und Zuständigkeiten klar festgelegt werden. »Als dringend notwendig erachtete man, dass sich auf politischer Ebene etwas tut, damit auch die Wirtschaft von den Menschen mit Fluchthintergrund profitiere.« Als weitere Schwerpunkte hebt das Konzept den Bereich Bildung hervor, insbesondere »der Spracherwerb, aber auch die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse« sowie »aktive Elternbildung«. Schließlich wird noch der Wohnungsmarkt als bedeutendes Handlungsfeld identifiziert, einerseits durch die allgemeine Wohnungsknappheit, aber auch wegen »mögliche[r] Vorurteile von Vermietern gegenüber ausländischen Mitbürgern« (ebd.). Aus dem Jahr 2025 zurückblickend scheint es so, als sei dieses kommunale Integrationskonzept aus der fränkischen Provinz ein geeigneter Aktionsplan für die Bundesebene gewesen!

### 10.1.2 Die Radikalisierung der ›stillen Mitte‹

Während die Ankunft der Geflüchteten im Sommer und Herbst 2015 zunächst unter dem Label der ›Willkommenskultur‹ öffentlich rezipiert wurde, bekam diese Stimmung mit den teils von Geflüchteten verübten sexuellen Übergriffen während der Kölner Silvesternacht 2015 einen deutlichen Dämpfer. Mit dem islamistischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz im Dezember 2016 traten dann endgültig Sicherheitserwägungen in den Vordergrund des kritischen Diskurses und stempelten vor allem die Gruppe der jungen, männlichen Asylsuchenden aus »dem islamischen Kulturkreis« als potenzielles Sicherheitsrisiko ab. Viele Ehrenamtliche erleben in dieser Zeit, dass sie ihr Engagement für Geflüchtete im Bekanntenkreis verteidigen müssen:

Also, Du hast halt schon gemerkt, dass es auch von den Ehrenamtlichen rückgemeldet wurde, dass halt in ihrem Bekanntenkreis sehr viel verhalter darüber diskutiert wird, also dass sie mehr das Gefühl haben, sie müssen sich rechtfertigen. [...] Und das war halt, ich WEISS es nicht genau, aber schon eigentlich ab Mitte, Ende '16 war das garantiert. Also, dass es immer mehr die Fragen auch von außen gab, und dass auch gesellschaftlich das ja massiv [...] also, wie soll man das sagen, [...] naja, das kippte einfach. Die Stimmung kippte.<sup>4</sup>

Einen starken Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Stimmung haben in diesen Jahren die sozialen Medien, wie uns viele Gesprächspartner:innen berichten. Vielen seriösen Medienanstalten wird vorgeworfen, sie hätten über die Ereignisse des ›Langen Sommers der Migration‹ zu positiv berichtet. Der Diskurs verlagert sich mehr und mehr

---

4 Interview mit Carola Weise\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin und Leiterin eines Begegnungszentrums, Januar 2019.

in die sozialen Medien, wo der Resonanzraum für negative Polarisierung rasant wächst. Die Effekte werden rasch spürbar. »Ich habe das Gefühl, die Stimmung wird schlechter«, bemerkt beispielsweise Hannelore Wagner\*, die im fränkischen Ehrsfeld\* einen Helferkreis koordiniert, in einem Interview im Juni 2019:

Also, ich kann es jetzt nicht an irgendetwas festmachen, so, dass man sagt, es wäre irgendwas passiert, aber so – es wird relativ viel so im Untergrund gemault. Ja, das Gefühl habe ich, dass die Stimmung schlechter wird. Es spielen natürlich die MEDIEN auch eine Rolle, Facebook und so was, da wird ganz viel Stimmung gemacht, ganz viel FALSCH informiert.<sup>5</sup>

In der Tat entstehen bereits während des Jahres 2015 eine Vielzahl von Gruppen in Sozialen Medien wie *Facebook* oder *Telegram* mit Bezug zu konkreten Ortschaften, um dort den Widerstand gegen die Unterbringung von Asylsuchenden zu organisieren. Diese »Nein-zum-Heim«-Gruppen sind untereinander vernetzt und knüpfen an übergeordnete Netzwerke wie die PEGIDA-Bewegung an. Sie erreichen mit ihren Aktivitäten eine wesentlich höhere Follower-Zahl als jeglicher Helferkreis vor Ort und befeuern damit asoziale Dynamiken der lokalen Gesellschaft. Dabei werden häufig lokale Forderungen (»Nein zum Heim«) mit allgemeinen politischen Forderungen hinsichtlich einer Begrenzung der »unkontrollierten Einwanderung« verknüpft, wie eine Reportage aus dem Landkreis Nordsachsen herausarbeitet:

Eine in dieser Sache ebenfalls »kritische« Eilenburger Initiative zählt für Politiker unruhigende mehr als 1.000 Fans. Auch Dörfer wie Wiedemar oder Rackwitz haben solch ein »Infoportal« für besorgte Bürger. So befasst sich beispielsweise die von knapp 500 Menschen mit »Daumen hoch« beurteilte »Bürgerinitiative Rackwitz« seit Monaten entweder mit den eigenen Besuchen bei Legida-Demos in Leipzig oder teilt per Beitrag eines tatsächlich weit gefächerten Infoportals aus dem Nachbarort Krostitz, was man sich wünscht: »Jeden Mittwoch findet in Krostitz eine Demonstration gegen unkontrollierte Einwanderung statt, vorerst bis Jahresende. Lasst uns, unsere Gemeindenachbarn gemeinsam unterstützen und schaut doch einfach nächsten Mittwoch mal vorbei!« (Leipziger Volkszeitung, 14.11.2015).

Der Artikel weist darauf hin, dass viele derartige Seiten aufgrund extremistischer Inhalte bereits »beim Verfassungsschutz unter Beobachtung« stünden. Studien aus der Rechtsextremismus-Forschung zeigen, dass viele dieser Bürgerinitiativen von rechtsradikalen Parteien gekapert wurden. In Sachsen war vor allem die NPD aktiv, die 2014 nach zehn Jahren aus dem Sächsischen Landtag ausgeschieden war und fortan außerparlamentarische Wege der Einflussnahme kultivierte. Dabei war vor allem die Haltung des »Lokalen Kümmerers« erfolgreich, wie der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke unverblümmt zugibt:

---

5 Interview mit Hannelore Wagner\* (Pseudonym), Lokalpolitikerin und ehrenamtlich Engagierte in Ehrsfeld\* (Pseudonym), Juni 2019.

Die Bürgerproteste kommen anmeldetechnisch in der Regel immer von normalen Anwohnern. Wir unterstützen aber dort, wo es uns möglich ist. Wir haben zum Beispiel in Sachsen Sachsenfahnen, in Berlin Berlinfahnen, die wir dazugeben können. Wir können logistisch unterstützen mit Flugblätterdruck und so weiter (Sundermeyer 2016).

Nicht nur in Sachsen schlichen sich auf diese Weise rechtsradikale Kernthemen in die lokale Auseinandersetzung um Geflüchtetenaufnahme. Indem sich NPD und bald auch AfD als »Kümmererer« gerierten und suggerierten, sie seien die einzigen, die die Ängste der Bürger:innen ernst nähmen, bereiteten sie den Einsturz der bürgerlichen Brandmauer entlang des Themas Einwanderung und Asyl vor. Lokale Auseinandersetzungen um die Aufnahme von Geflüchteten wurden damit direkt anschlussfähig an rassistische und nativistische Vorstellungen des ›Eigenen‹ und schürten öffentlich artikulierte Ängste vor ›Überfremdung‹ oder ›Islamisierung‹, die einmünden in die Forderung nicht nur der Abwehr von Asylsuchenden, sondern der ›Rückführung‹ aller ›Menschen, die nicht als ethnisch rein gelten‹, wie Rechtsextremismusforscher Hajo Funke ein zentrales NPD-Anliegen zusammenfasst (ebd.). Die Strategie, sich über das Vehikel der Migrationsthematik Gefolgschaft im Spektrum der ›stillen Mitte‹ zu sichern, geht nirgends so gut auf wie im Osten der Republik. Sozialarbeiterin Judith Rubner\* aus dem nördlichen Sachsen fasst ihre Beobachtungen zusammen:

Ich könnte es jetzt gar nicht so stark damit in Zusammenhang bringen, dass so viele Menschen hierher geflüchtet sind, sondern eher damit, dass es diese starke politische und rassistische Mobilisierung gab. Weil PEGIDA, ich glaube, das kann man nicht hoch genug einschätzen, was das für eine Strahlkraft hatte für viele. Und das berichten uns auch die Beratungen, dass es jetzt nochmal abseits von eben Gewaltvorfällen, das sie das tatsächlich viel eher am Alltag merken. Wie ihnen so begegnet wird. Und dass eben viele Menschen, die glaube ich früher eher so ein bisschen duckmäuserisch waren mit ihrer Haltung diesbezüglich, dass die dadurch, also durch diese ganze Mobilisierungswelle, die es gegeben hat, sehr großes Selbstbewusstsein bekommen haben, das auch so auszuagieren.<sup>6</sup>

Über die wöchentlichen Besuche der PEGIDA-Demonstrationen in Dresden oder ihrer verschiedenen Ableger an anderen Orten fanden Menschen eine Plattform, um ihren Unwillen (nicht nur) gegenüber der Asylpolitik der Bundesregierung zu artikulieren. Studien zu den PEGIDA-Demonstrationen bescheinigen den Teilnehmer:innen eine überdurchschnittliche Affinität zu nationalchauvinistischen und ausländerfeindlichen Haltungen, gepaart mit Verachtung der Medien und dem Gefühl, von »den etablierten Parteien« mit ihren Problemen nicht ernstgenommen zu werden (Daphi et al. 2015, Küpper/Zick/Krause 2015, Vorländer/Herold/Schäller 2016). Indem sich eher »duckmäuserisch« verhaltende Bürger:innen in sozialen Medien und auf der Straße vernetzten, bildeten sie eine neue und starke Gruppenidentität heraus, die sich vor allem durch das Dagegen-Sein definierte. Durch die soziale Einbindung in eine Masse an Gleichgesinnten, gepaart mit dem gemeinsamen Akt der rhetorischen Grenzüberschreitung, werden nach

---

6 Interview mit Judith Rubner\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Sachsen, Dezember 2019.

und nach rassistische und nativistische Parolen normalisiert, deren öffentliche Artikulation zuvor aus Furcht vor gesellschaftlichen Sanktionen ausgeblieben wäre. Ähnlicher Formen des Rechtspopulismus bedient sich auch die AfD, die unter den PEGIDA-Demonstrant:innen überdurchschnittlichen Anklang findet.<sup>7</sup> Ihre Wirkung bestätigt auch Silvia Jansen\*, ehrenamtliche Integrationshelferin im hessischen Bad Reitingen\*:

Und was natürlich, ich sage jetzt mal mit der Entwicklung der AfD, auch gerade nochmal im letzten Jahr so dazugekommen ist, ist, dass es MEHR Menschen gibt, die sich äußern, wie man es davor vielleicht nicht gewagt hätte. Vielleicht haben das Leute GE-DACHT, aber sie haben sich nicht getraut, das zu sagen. Und das finde ich halt so ein bisschen das Erschreckende und das, wo ich auch sagen muss, da sind für mich im letzten Jahr in unserer Gesellschaft, also nicht nur hier in Reitingen\*, ich betrachte jetzt auch so ein bisschen den Landkreis mal mit, Entwicklungen gewesen, wo ich sagen würde, da sind rote Linien GANZ eindeutig überschritten worden. Also das geht für mich Richtung Rechtsradikalismus oder -extremismus, aber AUCH Rechtspopulismus, wo ich sagen muss, das ist sowas von also in der Mitte der Gesellschaft eben angekommen, dass Leute im Gespräch Dinge sagen und sich äußern, wo ich denke »Ihr habt noch nicht darüber nachgedacht, ihr habt auch die FAKTEN nicht im Kopf.« Das sind im Grunde Stammtischparolen.<sup>8</sup>

Die Stärkung rechtsextremer Haltungen durch das kollektive Erlebnis von Protest und Grenzüberschreitung lässt sich in Form von Wahlergebnissen objektivieren. Während die damals noch vorrangig als nationalkonservativ und europakritisch eingestufte Partei ›Alternative für Deutschland‹ bei der Bundestagswahl 2013 noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, zog sie 2017 mit 12,7 % der Zweitstimmen in den Bundestag ein. Dabei wurde sie in den ostdeutschen Bundesländern mit im Schnitt einem Fünftel aller Stimmen zweitstärkste Kraft, in Sachsen ging sie mit 27 % der Zweitstimmen sogar in Führung. Im Westen der Bundesrepublik schnitt sie vor allem in Bayern und Baden-Württemberg mit über 12 % stark ab, während die Ergebnisse in Norddeutschland bei unter 10 % lagen.

Die breite Radikalisierung der ›stillen Mitte‹ offenbart sich zwar überwiegend durch ihre Präsenz auf Protestveranstaltungen, durch rhetorische Radikalität und durch ihr Wahlverhalten, doch sie ist zugleich der Resonanzraum, den radikalierte Einzelne als Bestärkung suchen, um aktiv gewalttätig zu werden. Brandanschläge auf Asylbewerberheime nehmen in diesen Jahren zu, ebenso wie die Bedrohung und Nötigung von Personen, die sich als politische Amtsträger:innen proaktiv für Geflüchtete einsetzen.<sup>9</sup> Und

7 Eine nicht repräsentative Online-Befragung unter PEGIDA-Demonstrant:innen ergab, dass 49 % der Befragten bei der Sächsischen Landtagswahl 2014 AfD gewählt hatten, sowie 4 % NPD. Auf die »Sonntagsfrage« was sie im Falle einer Bundestagswahl am kommenden Wochenende wählen würden, entschieden sich 89 % der Befragten für die AfD, 5 % für die NPD (Daphi et al. 2015: 22f.).

8 Interview mit Silvia Jansen\* (Pseudonym), ehrenamtliche Integrationshelferin in Bad Reitingen\* (Pseudonym) in Hessen, März 2020.

9 Nach einer von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung geführten Chronik vervierfachte sich zwischen 2014 und 2015 die Zahl der Anschläge auf Asylbewerberheime von 247 auf 1.077 und stieg in den Folgejahren stetig weiter an. [https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCchtlingsfeindliche\\_Angriffe\\_in\\_der\\_Bundesrepublik\\_Deutschland#cite\\_note-3](https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCchtlingsfeindliche_Angriffe_in_der_Bundesrepublik_Deutschland#cite_note-3)

es bleibt nicht bei den Drohgebäuden: Am 1. Juni 2019 wird der Kasseler Politiker Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses erschossen. Er hatte sich in seiner Rolle als Regierungspräsident für Solidarität mit Geflüchteten und die Achtung des Grundgesetzes stark gemacht, unter anderem auf öffentlichen Bürgerversammlungen, und war so ins Visier des Täters geraten. Dieser, ein hessischer Rechtsradikaler, habe Lübcke aus einer »von Rassismus getragenen, völkisch-nationalen Grundhaltung« heraus getötet, um ihn »für seine Haltung in der Flüchtlingspolitik [zu] bestrafen und andere davon ab[zu]halten [...], sich für eine ›Politik der Weltoffenheit‹ einzusetzen«, so die spätere Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts Frankfurt, das den Täter zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilte (Steinhagen 2021). Aus dem Jahr 2025 zurückgeblickt kann man resümieren: spätestens zu diesem Zeitpunkt ist der Geist aus Flasche gestiegen, und er wird sich in den folgenden Jahren nicht wieder einhegen lassen. Ganz im Gegenteil: um die Polarisierung der Gesellschaft im Diskursfeld Migration zu befrieden, setzten bald auch die ›Parteien der Mitte‹ auf die Normalisierung von rassistischem Gedanken-gut und die Delegitimierung des Menschenrechts auf Asyl. Sie sind damit nicht allein, sondern befinden sich innerhalb der Europäischen Union in zahlreicher Gesellschaft, kommen damit aber der ›Problemlösung‹ keinen Schritt näher. Denn die Weltlage wird immer schlechter, reale Fluchtgründe nehmen zu, bald auch innerhalb Europas. Eine rasche Integration der bereits anwesenden Geflüchteten, verbunden mit pragmatischen Bleiberegelungen für die Geduldeten, erscheint auch angesichts des rasanten demografischen Wandels in Deutschland und des damit verbundenen Mangels an Arbeitskräften das Gebot der Stunde. Doch anstatt integrative Dynamiken zu fördern, verlieren sich politische Akteur:innen im Abwehrdiskurs. Zugleich stehen die nächsten Krisen schon auf der Schwelle.

## 10.2 »Corona hat alles ruiniert!« – eine Gesundheitskrise wird zur Integrationskrise

Mein Termin mit der Migrationssozialberaterin Rana Hamoud\* in Salzgitter findet im November 2021 unter Corona-Bedingungen statt. Beide haben wir uns vorab getestet und behalten die FFP2-Maske während des Gesprächs im Nachbarschaftszentrum auf. Beim Betreten des Gebäudes sieht man die Spuren, die die Pandemie in der sozialraum-orientierten Arbeit hinterlassen hat. Überall im Haus und in den Räumen des Zentrums sind mehrsprachige Hinweisschilder und Pfeilsymbole angebracht, die auf Corona-Regeln hinweisen. Teils fand die Beratung durch ein geöffnetes Fenster im Hochparterre statt, wie Rana Hamoud\* berichtet. Die Ratsuchenden mussten unter dem Fenster stehen und mit der Beraterin auf Distanz kommunizieren. Wie gut hat das geklappt, möchte ich wissen. Ihre knappe und frustrierende Antwort: »Corona hat alles ruiniert!«<sup>10</sup>

Rana Hamoud\* ist als Sozialarbeiterin in dem Nachbarschaftszentrum angestellt. Das Zentrum macht quartiersbezogene soziale Arbeit und ist nah dran an der Lebensrealität nicht nur der migrantischen Bevölkerung. Denn in dem Viertel, das überwiegend durch eine ältere und relativ verwahrloste Zeilenbebauung gekennzeichnet ist, sammeln

---

<sup>10</sup> Interview mit Rana Hamoud\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, November 2021.

sich alle sozial Marginalisierten der Stadtgesellschaft. Rana Hamoud\* betont die Bedeutung von Begegnungsanlässen, damit die Bewohner:innen im Quartier zusammenfinden und Vorurteile überwinden. Dabei hat sie vor allem die Frauen im Blick:

Ich habe so viel Arbeit gemacht, um die Frauen raus zu kriegen, also damit die nicht nur zu Hause bleiben. Also kommen die hierher, machen die Kontakte, nicht nur mit arabischen Frauen auch, sondern mit allen Frauen, mit vielen unterschiedlichen Migrationshintergründen und so weiter, oder auch Deutsche. Und dann kamen die hierher, haben geplaudert, haben etwas gekocht, haben genäht, haben das und jenes.

Auf diese Weise sei ein Gemeinschaftsgefühl entstanden, aus dem sich auch neue Kräfte schöpfen ließen. Viele kleinere Konflikte im nachbarschaftlichen Zusammenleben konnten leichter beigelegt werden. Durch die Corona-Pandemie kamen diese Bemühungen zum Erliegen. Nun »saßen die Leute wieder zu Hause. Ja und solange die Leute zu Hause sind, konnte keine Integration stattfinden. Alles, was wir gemacht haben, ist weg, würde ich sagen.«

Diese ernüchternde Gesamtbilanz, die Rana Hamoud\* mit Blick auf den von ihr betreuten Sozialraum zieht, lässt sich auch gut in statistischen Daten nachzeichnen. So hatte sich die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten im Vergleich zu früheren Flüchtlingsaufnahmen zunächst positiv entwickelt. Doch mit dem ersten Lockdown brachen ihre Beschäftigungsquoten stärker ein, als das für andere Gruppen von Beschäftigten der Fall war, und sie erholteten sich auch langsamer. Geflüchtete waren besonders stark von betriebsbedingten Entlassungen betroffen. Das ist u.a. ein Resultat dessen, dass Geflüchtete häufig in Branchen arbeiten, die von der Pandemiepolitik besonders betroffen waren, aber auch dass sie vielfach ungünstige Vertragsbedingungen hatten, z.B. durch die Einstellung über Zeitarbeitsfirmen oder eine erst kurze betriebliche Bindung (Brücker et al. 2021b).

Auch in Hinblick auf den Spracherwerb hatte die Pandemie fatale Auswirkungen. Nicht nur, dass Sprach- und Integrationskurse abgebrochen wurden, es fehlte auch an Möglichkeiten, die deutsche Sprache in der Alltagskommunikation zu praktizieren. Zwar wurden Deutschkurse ähnlich wie schulische Bildungsangebote zum Teil in den digitalen Raum verlagert, aber auch das führte bei Geflüchteten zu überdurchschnittlich starken Beeinträchtigungen, da es an einer angemessenen digitalen Lernumgebung und begleitenden Erläuterungen fehlte. Besonders stark waren Geflüchtete in Gemeinschaftseinrichtungen von diesen Einschränkungen betroffen. Eine Befragung zum *home-schooling* unter Pandemiebedingungen ergab, dass weniger als 20 % der Kinder und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften Zugang zu einem Computer hatten. Weniger als 30 % hatten einen angemessenen Arbeitsplatz oder erhielten Hilfe bei ihren Hausaufgaben (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. 2020).<sup>11</sup> Eine schwere Hypothek für die folgenden Jahre, wenn man die starke Selektivität des deutschen Bildungssystems bedenkt, dass traditionell relativ hohe private Unterstützung einfordert. Amira Yousef\* erlebt die Corona-Pandemie mit drei Kindern im *home-schooling*. Sie

---

<sup>11</sup> Zur allgemeinen Situation in Gemeinschaftsunterkünften während der Corona-Pandemie vgl. Huber et al. 2024.

selbst macht parallel dazu den Deutschkurs, alles online. Sie erinnert sich mit Schaudern: »Und die Kinder mussten zu Hause Aufgaben machen. Mein Mann hat gearbeitet und ich war mit den Kindern allein. Die Lehrerin schickte die Aufgaben, in allen Fächern. Am Wochenende kamen die Lösungen, die musste ich überprüfen. Für drei Kinder!«<sup>12</sup> Sie sprach damals noch nicht gut Deutsch und musste sehr häufig auf die Hilfe der Ehrenamtlichen zurückgreifen, freilich auch nur am Telefon oder per Videokonferenz. Zeitgleich versuchte sie, ihren Sprachkurs B2 zu absolvieren, der immer wieder durch Lockdowns unterbrochen wurde. Zwar gab es ein online-Angebot als Ersatz, doch damit kamen sie nur sehr langsam voran. Ohnehin musste sie die online-Lehreinheiten oft verlassen, um ihren Kindern beim *home-schooling* zu helfen. Eine anstrengende Zeit. »Zwei Jahren dauerte mein B2-Kurs, dreimal wurde er unterbrochen. Dann sind wir immer ein oder zwei Monate zuhause geblieben. Danach mussten wir im Stoff immer wieder sechs Monate zurückgehen. Ohne Corona wäre ich schon viel früher mit meinem B2-Kurs fertig gewesen.« (Ebd.)

Viele Geflüchtete erleben während der Pandemie, dass Beratungen nur noch telefonisch stattfinden oder Behördentermine online gebucht werden müssen – große Hürden für Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen. Zudem schmelzen in den Ausländerbehörden die Personaldecken, da Mitarbeiter:innen in die Gesundheitsämter abgeordnet werden, um dort bei der Nachverfolgung von Infektionsketten zu helfen. Gerade in den kleineren Ausländerbehörden in ländlichen Regionen werden dadurch große Lücken gerissen, und die Anträge stauen sich auf. Adila Aboud\* beispielsweise hat Anfang 2021 einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. In der für sie zuständigen Ausländerbehörde werden Einbürgerungsverfahren nur von einer Person bearbeitet. Fällt diese aus, bleibt alles liegen. »Herr May\* hat mir gesagt, wir telefonieren an Weihnachten, du bekommst einen Termin. Dann hieß es, wir telefonieren am 3. März. Dann rufe ich an, aber es antwortet niemand. Dann habe ich einen Brief an den Landrat geschrieben. Er hat nicht geantwortet.«<sup>13</sup> Inzwischen geht es nicht nur um die Einbürgerung. Sie möchte gern eine ihrer Töchter besuchen, die in Dänemark lebt. Doch alle Ausweispapiere liegen zusammen mit ihrem Einbürgerungsantrag in der Ausländerbehörde. Zudem läuft die befristete Aufenthaltsgenehmigung bald ab. Und ihr Sohn benötigt die Papiere, um sich zum Studium einzuschreiben. »Dann bin ich zur Ausländerbehörde gegangen und habe der Sekretärin gesagt: Ich brauche meinen Pass. Und mein Ausweis läuft am 7. April ab. Bitte finden Sie eine Lösung. Ich brauche einen Ausweis!« (Ebd.)

Auch nach dem Ende der Corona-Pandemie ist die Situation in den Ausländerbehörden nicht besser geworden. Zum einen sind viele der während der Pandemie abgezogene Mitarbeiter:innen nicht wiedergekommen, zum anderen sorgt die Flut der seit 2015 erlassenen Gesetze und Verordnungen im Aufenthaltsrecht für immer höhere Komplexität bei der Fallbearbeitung.<sup>14</sup> Das macht die Ausländerbehörde als Einsatzort nicht gerade beliebter. Zudem steht sie in Zeiten des Fachkräftemangels, der längst auch in der Verwaltung angekommen ist, in einer internen Konkurrenzsituation mit anderen

<sup>12</sup> Interview mit Amira Yousef\* (Pseudonym), aus Syrien, April 2022.

<sup>13</sup> Interview mit Adila Aboud\* (Pseudonym), aus Syrien, Mai 2022.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu auch das Jahresgutachten 2025 des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR 2025).

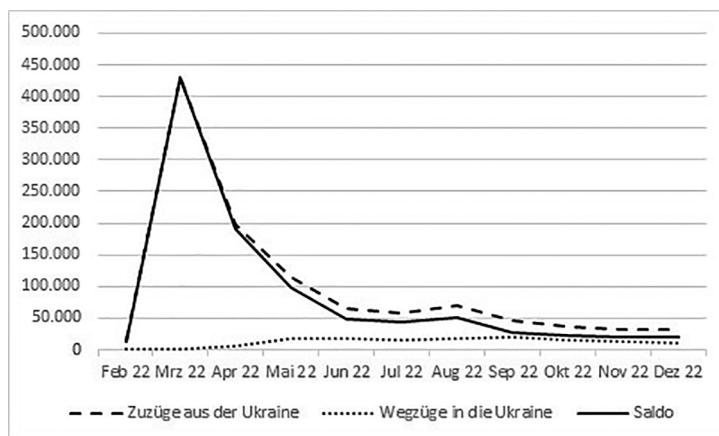
Verwaltungseinheiten. Adila Abouds\* Erfahrung ist daher kein Einzelfall. Auch andere Geflüchtete erleben während der Corona-Pandemie, dass die Bearbeitungsdauer ihrer Anliegen steigt und direkte Ansprechpartner:innen schwer verfügbar sind. Die selbst als Kommunalbeamtin tätige Autorin Souad Lamroubal (2023: 195) diagnostizierte in ihrem reflexiv angelegten Bericht über die Praxis kommunaler Behörden »Long Covid in der Verwaltung!«

Doch auch die anderen mit der Pandemie verbundenen Probleme, die sich ja nicht nur in Bezug auf die Geflüchteten gezeigt haben, sind bis heute weder gelöst noch ausreichend diagnostiziert, allen voran die Verheerungen, die die pandemiebedingten Schulschließungen für die soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und die Bildungsteilhabe von marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft angerichtet haben. Diese Probleme zu mildern hätte eine kollektive Anstrengung von Politik und Gesellschaft erfordert, die ausgeblieben ist. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Corona-Krise nahtlos von einer weiteren Krise abgelöst wurde: dem Krieg in der Ukraine, der die nächste große Fluchtbewegung auslöste, diesmal innerhalb Europas, praktisch vor der eigenen Haustür.

### 10.3 Flucht aus der Ukraine

Am 24. Februar 2022 überfällt Wladimir Putin die Ukraine. Nachdem sich der kriegerische Konflikt seit 2014 auf die Ostukraine beschränkt und dort bereits zu massenhaften Vertreibungen innerhalb des Landes geführt hatte, setzt am 24. Februar 2022 eine Fluchtbewegung ein, die in ihrer Größenordnung und Dynamik innerhalb Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine Entsprechung hat. Die Massenflucht strebt zunächst über die Grenzen der Ukraine in die unmittelbaren Nachbarländer und bewegt sich von dort rasch weiter an die unterschiedlichsten Ankunftsorte innerhalb Europas. In Deutschland kommen binnen dreier Monate rund 750.000 Schutzsuchende aus der Ukraine an, bis zum Ende des Jahres werden es rund eine Million sein, darunter viele Mütter mit kleinen Kindern (Abb. 10.1). TV-Bilder aus diesen Tagen zeigen Massenszenen von Frauen und Kindern in Daunenjacken und Bommelmützen, auch viele Haustiere sind dabei. Hier macht sich zunächst eine größtenteils urbane Bevölkerung auf den Weg und flieht in Panik um ihr Leben und das ihrer Kinder. Die Männer bleiben aufgrund der Generalmobilmachung zurück. Möglicherweise sind diese Bilder, die so viel optische Ähnlichkeit mit dem ›Eigenen‹ suggerieren und zugleich von Vulnerabilität und Bedürftigkeit zeugen, Gründe dafür, dass diese Fluchtbewegung ebenso große Anteilnahme, aber weniger Antipathien in der Aufnahmebevölkerung ausgelöst hat als die Fluchtbewegung von 2015/16. Jedenfalls zeigt eine Studie zur ehrenamtlichen Mobilisierung, dass anders als 2015 die Mobilisierung jener, die gegen Geflüchtetenaufnahme opponieren, ausgeblieben ist (Uhr et al. 2023: 8).

Abb. 10.1: Dynamik der Mobilität aus der und in die Ukraine, Februar-Dezember 2022



Datenquelle: Statistisches Bundesamt 2025, eigene Bearbeitung

Berlin wird zum wichtigen Knotenpunkt, viele Flüchtende kommen per Zug am Berliner Hauptbahnhof an. Dort sind Szenen zu beobachten, die jenen vom Münchener Hauptbahnhof im September 2015 ähneln, als die Geflüchteten über die Balkanroute dort eintrafen. Wieder ist es zuerst die Zivilgesellschaft, die die notwendige Erstversorgung bereithält. Nicht nur in Berlin, sondern bald in allen größeren Städten Deutschlands entstehen Ankunftsorte, an denen ukrainische Geflüchtete einen Ort zum Ausruhen, ein heißes Getränk und Informationen finden. Auf den Bahnsteigen halten sich Freiwillige bereit, die auf ihren blau-gelben Warnwesten mit Edding die Sprachen notiert haben, in denen sie ansprechbar sind. In Berlin und anderen großen Städten wurden Mitwohnbörsen aus dem Boden gestampft, die ukrainische Geflüchtete an private Quartiergeber:innen vermitteln und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass sie nur an vertrauenswürdige Personen geraten. Die große, rund 3,5 Millionen Angehörige umfassende postsowjetische Community in Deutschland mit ihren Russisch- und Ukrainisch-Kenntnissen und ihren persönlichen Verbindungen werden zu wichtigen Akteuren der Unterstützung (Pürckhauer 2022). Beispielsweise organisiert die Jüdische Gemeinde Berlin die Evakuierung von 400 jüdischen Ukrainer:innen aus Odessa, und der rheinland-pfälzische Sportbund bringt ukrainische Gehörlose in der Landessportschule unter, vermittelt über eine Partnerschaft von Gehörlosensportvereinen in Rheinland-Pfalz und der Ukraine (Rock 2025: 11, LSB Rheinland-Pfalz 11.04.2022).

### 10.3.1 Was ist 2022 anders als 2015?

Verglichen mit dem ‚Langen Sommer der Migration‘ 2015 ist ein wesentlicher Unterschied, dass die ukrainischen Geflüchteten mit ihren Reisepässen legal einreisen können. Sie müssen auch keinen Asylantrag stellen, um in Deutschland Aufnahme zu finden. Erstmals ist innerhalb der Europäischen Union die so genannte ‚Richtlinie zum vorübergehenden Schutz‘ (Richtlinie 2001/55/EG) aktiviert worden, die in Situationen von Massenkünften eine pragmatische und rechtssichere Aufnahme von Geflüchteten ermöglicht. In Deutschland erhalten die Ukrainer:innen einen befristeten Aufenthaltstitel (§24 AufenthG) für zunächst zwei Jahre, verbunden mit einer Arbeitserlaubnis. Hinsichtlich der sozialen Belange werden sie ab Juni 2022 mit anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Das berechtigt sie zum Bezug von Leistungen nach SGB II bzw. SGB XII, inklusive Kosten der Unterbringung sowie Beratung und Unterstützung bei der Arbeitsmarktintegration durch die Jobcenter.

Da die ukrainischen Geflüchteten zumindest anfangs keiner Wohnsitzsteuerung unterlagen, ließ sich beobachten, wie sich die ‚Selbstverteilung‘ im Vergleich zur administrativen Verteilung gestaltet. Erwartungsgemäß streben viele Ukrainer:innen zunächst die großen Zentren an, allen voran Berlin. Diese Stadt ist den meisten bekannt, und durch die dort angesiedelte Diaspora erhofft man sich Information und Unterstützung beim Ankommen. Auch andere Großstädte wie Hannover, Hamburg, Stuttgart oder München verzeichnen hohe Ankunftszyhlen, teils auch gelenkt durch administrative Maßnahmen der Weiterverteilung, um den Erstankunftsstadt Berlin zu entlasten. Neben der Bekanntheit von Berlin und der Vorliebe für urbane Zentren sind soziale Verbindungen ein weiterer wichtiger, und aus der Migrationsforschung wohlbekannter, Aspekt bei der ‚Selbstverteilung‘. Man wendet sich dorthin, wo bereits Bekannte oder Verwandte leben. Eine erste Befragung aus dem März 2022 ergibt, dass rund 55 % der Befragten gezielt an den jeweiligen Ankunftsstadt gereist sind. Über drei Viertel geben an, dass sie sich überwiegend bei Freunden, Bekannten und Verwandten über den Zielort informiert hatten (Info GmbH 2022).

Die administrativen Versuche, Geflüchtete von Ankunftsnotenpunkten wie Berlin oder Hannover nach einem *burden sharing* Prinzip in entlegene Regionen weiter zu verteilen, ist zunächst mäßig erfolgreich. Viele können sich nicht vorstellen, etwa in kleineren Städten oder ländlichen Regionen zu leben. Während einer unserer Feldaufenthalte im Sommer 2022 im ländlichen Niedersachsen, wo wir zur Integration der asylsuchenden Geflüchteten von 2015 forschen, wird die Ankunft der Ukrainer:innen zum Thema. Etwas entrüstet berichtet eine Ehrenamtliche, man habe auf Geheiß der Behörden ähnlich wie 2015 eine Turnhalle als Notunterkunft hergerichtet. Doch als der Bus mit ukrainischen Geflüchteten angekommen sei, stiegen diese nach kurzer Besichtigung wieder ein. Hier würden sie nicht bleiben wollen, denn hier gäbe es ja nichts! Allerdings werden im weiteren Verlauf des Jahres 2022 vielerorts wieder Notunterkünfte errichtet und auch von Geflüchteten aus der Ukraine bezogen. Denn nicht alle haben Bekannte oder Verwandte in Deutschland, wo sie unterkommen können. Dies gilt vor allem für jene Geflüchteten, die nicht in das Schema passen, das sich die Aufnahmegesellschaft von den Flüchtenden macht, etwa die durchaus erhebliche Anzahl von jungen Menschen aus

Afrika und Zentralasien, die in der Ukraine studiert hatten und nun in Deutschland nach Anschlussmöglichkeiten suchen (Migrationsberatung ›Bleiben< 2022).

Mit der Anwendung des §24 AufenthG zum temporären Schutz dürfen ukrainische Geflüchtete, die Sozialleistungen beziehen, ihren Wohnort nicht mehr frei wählen. Auch ein Umzug bedarf der Genehmigung der Sozialbehörden. Anfangs ist das kaum relevant: die absolute Mehrheit der im August 2022 Befragten (84 %) gab an, ihren aktuellen Wohnort selbst gewählt zu haben. Zudem geben drei Viertel der Befragten an, privat untergekommen zu sein. Davon bewohnen 60 % eine Wohnung allein oder mit anderen ukrainischen Geflüchteten, ein Viertel ist bei Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten untergekommen und 15 Prozent sind von ihnen zuvor nicht bekannten Personen aufgenommen worden. Die übrigen sind von den örtlichen Behörden entweder in Hotels, Hostels o.ä. (17 %) oder in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende (9 %) einquartiert worden (IAB et al. 2022: 8). In späteren Befragungen ändert sich das Bild, denn angesichts des anhaltend hohen Zugangs von Geflüchteten aus der Ukraine müssen die Unterbringungskommunen Geflüchtete vermehrt in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende einweisen, da das Angebot an Sozialwohnungen in vielen Regionen erschöpft ist.

In Bezug auf das Aufnahmemangement ist es interessant zu erfahren, ob an den Ankunftssorten an die Erfahrungen von 2015 angedockt werden konnte. Denn das Organisieren einer Erstversorgung und der Umgang mit traumatisierten Menschen, die des Deutschen nicht mächtig sind und keinerlei Idee davon haben, wie Deutschland funktioniert, ist ja durchaus vergleichbar. Bezogen auf das sachsen-anhaltinische Marstadt\* ist man zunächst in den Ämtern genau dieser Meinung, wie Johannes Schuhmacher\* vom Integrationsbüro Marstadt\* reflektiert: »Das können wir, das haben wir 2015 alles schon einmal gemacht.« Allerdings »zeigte sich dann in der Realität, dass es quasi keinen Wissenstransfer von 2015 gab. Es wurde wieder von vorne angefangen: Kein erprobtes Konzept zur Registrierung der ankommenden Leute, keinen Raumplan, wie die Betten in der Turnhalle gestellt werden sollen etc.«<sup>15</sup>

Nur mit der Erstregistrierung in den Kommunen können ukrainische Geflüchtete in das Hilfesystem eingepflegt werden. Daran hängt nicht nur die Vermittlung von Wohnungen und Kita-Plätzen, sondern auch die Auszahlung von Unterstützungsleistungen. In vielen Städten bilden sich lange Warteschlangen vor den Registrierungsstellen, wo die Fiktionsbescheinigungen beantragt werden können. Parallel dazu richten Ehrenamtliche Lebensmittelausgaben ein, um die Geflüchteten mit den notwendigsten Dingen zu versorgen. Ecrin Çelik\* aus Salzgitter, die als Sozialarbeiterin in einem Stadtteilzentrum sowohl mit den ukrainischen als auch mit den 2015 angekommenen syrischen Geflüchteten befasst war, kann einen lokalen Lerneffekt im spontanen Zusammenspiel städtischer Institutionen erkennen, durch die die »bürokratische« Lücke direkt nach der Ankunft (»Die sind nicht Teil vom Jobcenter, die sind nicht Sozialamt, die sind im Moment noch gar nichts.«), gestopft werden konnte: Innerhalb einer Woche seien Sprachkurse organisiert worden und die Öffentlichen Verkehrsbetriebe ermöglichten entgeltfreies Busfahren, was in einer so weitläufigen Stadt wie Salzgitter auch notwendig ist. »Da hat

<sup>15</sup> Interview mit Johannes Schuhmacher\* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt\* (Pseudonym), Sachsen-Anhalt, September 2021.

Salzgitter wirklich dazu gelernt. Ja, Du lernst ja aus Fehlern oder aus Sachen, die Du halt besser machen kannst.<sup>16</sup>

Doch die Kommunen sind in ihrem Handeln immer abhängig von der Bundesebene. Dort fällt die Entscheidung, die ukrainischen Geflüchteten zum 1. Juni, als bereits über 750.000 angekommen und registriert sind, in das Grundsicherungssystem des Sozialgesetzbuches II und XII aufzunehmen. Damit ist eine erneute komplexe Datenaufnahme fällig, für die persönlich vorgesprochen werden muss. Der geringe Digitalisierungsgrad deutscher Verwaltungen und die hohen Hürden im Bereich Datenaustausch erzeugten an diesem Punkt zusätzliche Schwierigkeiten – für die Geflüchteten und für die Behörden. Diese Erkenntnis bringt Johannes Schuhmacher\* zu einer sehr grundsätzlichen Reflexion über die Erfordernisse eines modernen Einwanderungslandes:

Ich denke, dass Integration auch eine moderne Aufgabe ist. Integration erfordert die Bereitschaft zur Veränderung, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung. Migrant:innen sind durch die transnationalen Lebensmodelle viel digitaler aufgestellt als die deutsche Verwaltung. Da muss man Schritt halten. Das muss ich als Verwaltung erkennen und als Verwaltungsleitung meinen Mitarbeitenden vorleben.<sup>17</sup>

### 10.3.2 Techniken der Selbstbehauptung

Trotz der vergleichsweise direkten Integrationsmöglichkeiten, die durch den temporären Schutzstatus und die Betreuung durch die Jobcenter bestehen, bleibt das Ankommen für viele Ukrainer:innen schwierig. Gerade in der ersten Ankunftswoche befinden sich überwiegend Frauen mit Kindern, die ohne ihre Partner ausgereist sind und somit ein Leben als Alleinerziehende organisieren müssen. Ein gutes Drittel der im ersten Jahr registrierten Schutzsuchenden aus der Ukraine ist unter 18 Jahre alt, in absoluten Zahlen rund 350.000! Für sie müssen schulische Bildungsangebote und Kita-Plätze gefunden werden, erst dann können sich die Mütter um ihre eigenen Integrationswege kümmern. Schon für ›normale‹ Alleinerziehende mit mehreren Kindern erscheint diese Aufgabe komplex, und für die ukrainischen Frauen ist die Lage um ein Vielfaches schwieriger. Die Umstände der Flucht, die Traumatisierung und das zunächst mühsame Einfinden in die Lebensverhältnisse vor Ort sind Gründe dafür, dass nicht, wie die Mehrheitsgesellschaft meist ohne viel Nachdenken fordert, der ›Integrationsturbo‹ an geworfen wird. Die Erzählung von Anastasiya Lysenko\*, mit der wir im Herbst 2024 im nordrhein-westfälischen Steinbergen\* sprechen, unterstreicht diese Situation. Anastasiya Lysenko\* stammt aus Kiew. Sie ist Ärztin von Beruf und kommt Anfang März 2022 mit drei Kindern, die zu dem Zeitpunkt zwei, fünf und 13 Jahre alt sind. Sie reist gezielt in die Region, weil sie ukrainische Kontaktpersonen kennt, die ihr über Umwege eine erste Wohngelegenheit vermitteln, eine Einliegerwohnung im Untergeschoss eines Einfamilienhauses auf dem Lande. Dort fühlt sie sich wie von der Außenwelt abgeschnitten, und in den feuchten Kellerräumen werden alle Familienmitglieder dauerkrank: »Wir haben

<sup>16</sup> Gespräch mit Ecrin Çelik\* (Pseudonym), Sozialarbeiterin in Salzgitter, Mai 2022.

<sup>17</sup> Interview mit Johannes Schuhmacher\* (Pseudonym), Integrationsbüro Marstadt\* (Pseudonym), Sachsen-Anhalt, September 2021.

dort im Keller gewohnt, in einem Keller-Apartment. Und die Kinder waren die ganze Zeit krank, kleine Kinder, Feuchtigkeit, Kälte. Im Prinzip haben wir dort eineinhalb Jahre gewohnt, und wir waren eineinhalb Jahre krank.«<sup>18</sup> Inzwischen konnte sie eine zentraler gelegene Wohnung in Steinbergen\* finden, allerdings in einem Abrisshaus, so dass sie nur für ein halbes Jahr einen Mietvertrag erhalten hat. Danach muss sie sich wieder auf Wohnungssuche begeben. Seit August 2024 besucht sie einen Integrationskurs, um das B1 Zertifikat zu erwerben. Neben dem Deutschlernen muss sie auch ein berufliches Anerkennungsverfahren absolvieren, bevor sie ihren ärztlichen Beruf wieder ausüben kann. Sie erzählt von dem allmählichen Anwachsen von Sozialkontakten in Steinbergen\*, dass die Kinder langsam Anschluss finden, so dass sie sich inzwischen etwas mehr »angekommen« und auch gesundheitlich stabiler fühlt als im März 2022. Dass die belastende Lebenssituation der ukrainischen Geflüchteten sich auch auf das körperliche und seelische Wohlbefinden auswirkt, zeigen Daten aus einer ersten Repräsentativerhebung aus dem Sommer 2022: Nur knapp zwei Fünftel der geflüchteten Frauen bewerten ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut, und auch in Bezug auf ihre Kinder bemerken viele Befragte eine deutliche Eintrübung des Wohlbefindens. Der Bericht kommt zu dem Resümee, dass »das psychische Wohlbefinden der nach Deutschland geflüchteten ukrainischen Kinder und Jugendlichen für alle Altersgruppen signifikant unter den repräsentativen Referenz- und Normwerten von anderen in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen liegt« (IAB et al. 2022: 8).

Körperliche und seelische Erkrankungen sind auch in der qualitativen Längsschnittstudie von Jonna Rock präsent, die die Lebenslage ukrainischer geflüchteter Frauen in Berlin und Frankfurt/Oder untersucht. Mehrere der alleinerziehenden Mütter entwickeln Erkrankungen nach ihrer Ankunft in Deutschland und leiden unter der Gesamt-situation, wie beispielsweise Yulia, die mit ihren zwei Töchtern nach Deutschland flieht, während ihr Mann zum Militärdienst eingezogen wird. Sie sehnt sich zurück und meint: »All meine Träume sind in der Ukraine geblieben. Ich bin nicht vollständig umgezogen. Mein Körper ist hier, aber meine Seele ist dort, und die Hoffnung bleibt. Ich habe doch mein ganzes Leben dort verbracht« (Rock 2025: 13, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin). Im Folgeinterview ein Jahr später hat sich ihr Mann von ihr getrennt und bei Yulia wurde Multiple Sklerose diagnostiziert. Mehrere ihrer männlichen Familienangehörigen sind im Krieg gefallen, und sie kämpft mit all diesen Verlusten und mit der Einsamkeit. In dieser schwierigen Lebenslage, mit einer chronischen Erkrankung im Rücken und einer unklaren Zukunft vor sich, findet sie Befriedigung in der Mutterrolle, die sie in Deutschland intensiver ausüben kann als in der Ukraine, wo sie lediglich 20 Euro Kindergeld erhielt und praktisch direkt nach der Geburt weiterarbeitete.

In der Ukraine habe ich mich gar nicht wirklich als Mutter gefühlt, weil ich die ganze Zeit gearbeitet habe. [...] Mein Leben in der Ukraine verglichen mit meiner derzeitigen Situation in Deutschland, das ist wie Tag und Nacht! Hier kann ich meine Kinder großziehen, ich kann Gespräche mit ihnen führen, ich kann mit ihnen etwas unternehmen. Wenn Du in der Ukraine in Mutterschutz gehst, wirst Du an Hunger sterben (ebd.).

---

<sup>18</sup> Interview mit Anastasiya Lysenko\* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

Die Reflexion von Yulia, die bei allen Widrigkeiten Befriedigung aus dem Zusammenleben mit ihren Kindern zieht, weist auf das Element der Resilienz als wichtige Ressource für den Umgang mit schwierigen Lebenssituation hin. Resilienz wird im psychologischen Kontext als die persönliche Widerstandskraft definiert, mit der die Anpassung an herausfordernde Lebenslagen gelingt (Krause 2023). Dabei sind individuelle und soziale Komponenten wichtig. Auf individueller Ebene ist die mentale Einordnung und Verarbeitung von Erlebnissen entscheidend. Bei etlichen unserer Interviews werden beispielsweise im Vergleich der Lebenslagen in der Ukraine trotz der erlittenen Verluste die positiven Aspekte des aktuellen Lebens in Deutschland herausgearbeitet. Bei Yulia ist es das Mehr an Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen kann. Bei Olena Kovalchuk\*, die mit Sohn, Schwiegertochter und Enkelkind im nordrhein-westfälischen Steinbergen\* Aufnahme fand, ist es der Aspekt der Sicherheit, die sie ihren Kindern hier bieten kann. Wissend, dass Sicherheit in der Ukraine derzeit nicht gegeben ist, kann sie sich auch mit den erlittenen Rückschritten in ihrem persönlichen Lebensstandard versöhnen:

Weißt Du, Du musst mit dem zufrieden sein, was Du jetzt hast. Und Du solltest dankbar dafür sein. Ich erkenne an, dass ich hier etliche Annehmlichkeiten habe, meine Kinder sind in Sicherheit, ich habe etwas zu essen und habe es warm. Und ich bin dankbar dafür. Ja, mein Einkommensniveau, meine Wohnsituation, das hat sich zum Schlechteren verändert, aber ich bin dennoch froh. Denn ich sehe, dass ich meinen Kindern derzeit in der Ukraine all das nicht bieten könnte.<sup>19</sup>

Eine weitere Komponente von Resilienz ist die soziale Einbettung. Das Gefühl von Gemeinschaft sowie die Möglichkeit, etwas Sinnvolles für sich selbst und für die Gesellschaft zu bewirken, kann die persönlichen Widerstandskräfte stärken und die traumatischen Erfahrungen von Verlust und Isolation besser aushaltbar machen. In Jonna Rocks Studie engagiert sich ein Großteil der ukrainischen Frauen in solidarischen Bewegungen, wo sie beispielsweise Spenden und Hilfsgüter für die Ukraine sammeln. Etliche setzen auch ihre professionellen Kompetenzen ein, um solidarische Aktivitäten für die Community der Geflüchteten zu organisieren, beispielsweise künstlerische Aktivitäten oder psychologisches Coaching. Auch Olena Kovalchuk\* ist sozial engagiert. Zusammen mit anderen Ukrainer:innen hat sie unter dem Dach einer Kirchengemeinde in Steinbergen\* einen Chor gegründet, mit dem sie regelmäßig auf Tournee geht, um den Deutschen die ukrainische Kultur näher zu bringen. Daneben treffen sie sich regelmäßig, um Spendenaktionen vorzubereiten und Hilfsmittel für den Kampfeinsatz herzustellen, wie beispielsweise Tarnwesten, die sie dann in die Ukraine schicken. Damit befriedigt Olena Kovalchuk\* ein inneres Bedürfnis nach Zusammengehörigkeit und Solidarität und hat zugleich die Möglichkeit, ihre ukrainische Identität gegenüber der deutschen Gesellschaft zu behaupten.

Zunächst bringen wir unsere Sprache und Kultur in die deutsche Gesellschaft. Wir zeigen, dass wir die gleichen Menschen sind, dass wir die gleichen Ideen haben, dass wir

---

<sup>19</sup> Interview mit Olena Kovalchuk\* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

unser Land unterstützen. Wie treten auf Festivals auf, wir singen in der Kirche, wir organisieren selbst Veranstaltungen, wir kochen ukrainische Speisen und verkaufen sie, und wir spenden alles Geld, das wir erhalten, den ukrainischen Streitkräften. Und während all dieser Veranstaltungen sprechen wir mit den Deutschen (ebd.).

Jonna Rock resümiert für ihre Studie, dass die solidarischen Initiativen, in die viele ihrer Interviewpartnerinnen involviert sind, eine wichtige Verankerung in die aktuelle Lebensrealität darstellen und dem Leben neuen Sinn geben. Zudem zeigen ihre Beispiele die Handlungsmacht (*agency*) der geflüchteten Frauen, ihr eigenes Schicksal zu gestalten: »Die Solidaritätsaktivitäten zeigen auch, wie klug und unternehmerisch die geflüchteten Frauen sind. Sie nehmen die Dinge selbst in die Hand und finden damit Selbstbestimmung innerhalb der Unsicherheit der Vertreibungssituation.« (Rock 2025: 10, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin) Diese Gabe und das damit zusammenhängende Einbringen von Ressourcen sollte als ein Aspekt von gesellschaftlicher Integration betrachtet werden, wünscht sich Olena Kovalchuk\*. Gleichzeitig betont sie, dass es ihr dabei nicht nur darum geht, Kontakte in die deutsche Gesellschaft zu knüpfen, sondern dass sie ihre Haltung demonstrieren möchte, für ihr Land einzustehen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufzugeben:

Vielleicht ist es ein Schritt der Integration, aber für mich ist es mehr. Etwas über mich selbst auszusagen, zu zeigen, dass wir immer noch Ukrainerinnen sind, dass wir unser Land unterstützen, dass wir an ein gutes Ende glauben. Dass wir die Hoffnung nicht verlieren. Wir machen alles unter dem Leitspruch, dass wir dem ukrainischen Volk und den ukrainischen Streitkräften helfen.<sup>20</sup>

Diese Perspektive auf das Ankommen in Deutschland verdeutlicht die Realität des ›Dazwischen-Seins‹ und der großen emotionalen und psychischen Belastung, die alle Menschen mit Fluchterfahrung spüren. Nicht alle leiden gleich schwer, und nicht alle entwickeln behandlungsbedürftige Traumata, aber alle müssen sich mit dem Einschnitt in ihrem Leben auseinandersetzen und Strategien im Umgang mit der fortdauernden Unsicherheit entwickeln. Zugleich müssen sie jedoch, um wieder auf die Perspektive der Aufnahmegerügschaft einzuschwenken, die an sie gerichteten Erwartungen erfüllen, in dem neuen System zu funktionieren.

### 10.3.3 In Deutschland leben lernen

Das System, in das es sich zu integrieren gilt, lässt sich mit dem Dreischritt Sprache-Bildung-Arbeit umschreiben. Alle drei Schritte halten für die ukrainischen Geflüchteten jede Menge Herausforderungen bereit. Am eindeutigsten ist der Handlungsansatz im Bereich Schule, denn die Schulpflicht gilt für alle Kinder in Deutschland, sobald sie in einer Gemeinde amtlich gemeldet sind. Daten aus Repräsentativerhebungen unter ukrainischen Geflüchteten zeigen, dass die meisten ukrainischen Schüler:innen nach

---

<sup>20</sup> Interview mit Olena Kovalchuk\* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

ihrer Ankunft im zweiten Schulhalbjahr 2022 in so genannte Willkommensklassen aufgenommen wurden, in denen vor allem Deutsch gelehrt wird. Ein Jahr später sind bereits 60 % der Kinder in weiterführenden Schulen voll in den Regelunterricht integriert. Lediglich 16 % besuchen ausschließlich Willkommensklassen, 24 % eine Mischform (Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 29f.). Viele Kinder nutzen ergänzend den ukrainischen online-Unterricht, der im Rahmen der Corona-Pandemie im ganzen Land sehr effektiv aufgesetzt worden war und der in der Kriegssituation hilft, Lernpausen zu vermeiden. Vor allem ältere Kinder in Deutschland versuchen auf diese Weise, sich die Chance auf einen ukrainischen Bildungsabschluss zu bewahren.

Das Schulsystem in Deutschland mit seiner frühen Trennung nach Leistungsstufen unterscheidet sich stark vom ukrainischen Schulsystem, wo alle Kinder bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen. Befragungsdaten aus dem Jahr 2023 deuten darauf hin, dass der Anteil ukrainischer Kinder in den Schulformen Haupt- und Realschule im Vergleich zum Gymnasium überproportional ist. Die Autor:innen der Studie vermuten eine Form der Dequalifizierung, bedingt durch die zunächst fehlenden Deutschkenntnisse und die Unkenntnis der ukrainischen Eltern über die Besonderheiten des deutschen Schulsystems und die elterlichen Einflussmöglichkeiten (ebd.: 34). Auch in unseren qualitativen Interviews werden uns Fälle von Dequalifizierung geschildert. Olena Kovalchuk\* reflektiert die großen Unterschiede zwischen dem ukrainischen Gymnasium und der wenig kompetitiven Sekundarschule in Steinbergen\* mit vielen Einwandererkindern, in die ihr 13jähriger Sohn verwiesen wurde. Sie geht davon aus, dass dies aufgrund seiner geringen Deutschkenntnisse so entschieden worden sei:

Leider sind wir in einer Schule gelandet, in die vor allem Ausländer gehen. Alle die aus anderen Ländern kommen und die noch nicht gut Deutsch sprechen. Nach dem Gymnasium in der Ukraine war es sehr schwer für uns. Auf der einen Seite war es für uns schwierig, weil wir so wenig Deutsch konnten, er [der Sohn, B.G.] konnte es gar nicht, und auf der anderen Seite war es schwierig, weil unser Leistungsniveau einfach viel höher gewesen war. Es war einfach so schwierig für ihn, hier etwas zu lernen. [...] Aber wir hatten keine Wahl, uns wurde nur diese Schule angeboten, um weiter zu lernen. Gemessen an unseren Deutsch-Kenntnissen.<sup>21</sup>

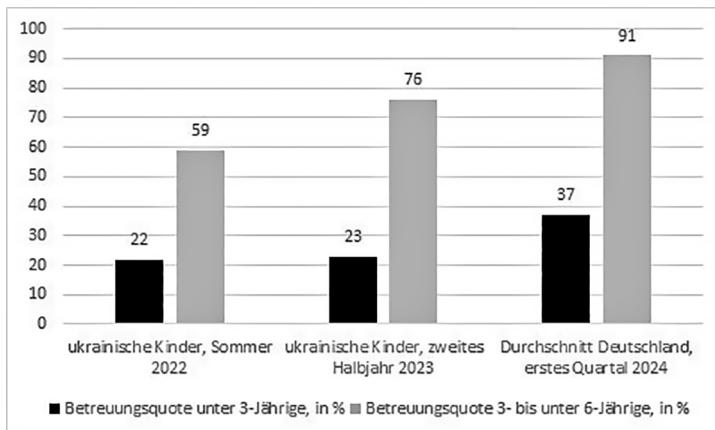
An dieser Stelle scheinen sich die Erfahrungen der ukrainischen Geflüchteten mit jenen der asylsuchenden Geflüchteten von 2015/16 zu decken (vgl. Kap. 4.3). Der Kontakt mit dem stark segregierten und früh nach Leistungsstufen selektierenden deutschen Schulsystem mit einer hohen Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Lage hat für neu eingewanderte Familien viele Nachteile parat und lenkt vor allem jene Kinder, die aufgrund der familiären Fluchtbiose wenig elterliche Unterstützung erfahren, in die unteren Leistungssegmente. Eine Bildungsreform, die den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt, würde sicherlich auch zu mehr Chancengerechtigkeit für geflüchtete Schüler:innen in Deutschland führen!

---

<sup>21</sup> Interview mit Olena Kovalchuk\* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

Während die Bildungsteilhabe für ukrainische Kinder im Schulalter durch die Schulpflicht grundsätzlich sichergestellt ist, sieht es in den früheren Etappen des Bildungs- und Betreuungssystems schwieriger aus. Der Mangel an Personal im Bereich Kinderbetreuung und der unterschiedlich gute Ausbau von Betreuungseinrichtungen innerhalb Deutschlands macht sich auch bei den ukrainischen Kindern bemerkbar. So besuchten im Sommer 2022 lediglich ein Fünftel (22 %) der ukrainischen Kinder unter drei Jahren und 59 % der Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintrittsalter eine Kindertagesstätte (Abb. 10.2). Ein Jahr später ist die Betreuungsquote auf 23 % bzw. 76 % angestiegen und liegt damit immer noch weit unter den Durchschnittsquoten der Kinderbetreuung in Deutschland – und in der Ukraine, wo über 80 % der unter 6-Jährigen eine Kindertagesstätte besuchen (Putcha et al. 2018).

*Abb. 10.2: Betreuungsquoten im frökhkindlichen und vorschulischen Bereich, geflüchtete ukrainische Kinder und Durchschnitt aller betreuten Kinder in Deutschland, in Prozent*



Quelle: Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 28, eigene Darstellung

Die lückenhaften Betreuungsmöglichkeiten wirken sich auch auf die Integrationschancen der dazu gehörigen Mütter aus, insbesondere da der Anteil alleinerziehender Mütter unter den Ukrainer:innen weiterhin hoch ist: In der ersten Geflüchtetenkohorte waren im Sommer 2022 74 % der Mütter mit minderjährigen Kindern alleinerziehend, im Sommer 2023 waren es noch 48 % (Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 27). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist aufgrund der lückhaften Ganztagesbetreuung vor allem für alleinerziehende Frauen schwierig. Und so geht die Arbeitsmarktintegration der ukrainischen Frauen insgesamt ähnlich schleppend voran, wie jene der asylsuchenden Frauen aus Syrien, Irak und Afghanistan seit 2015, obgleich die ukrainischen Geflüchteten vermeintlich bessere Voraussetzungen haben. Drei Viertel der erwachsenen Geflüchteten verfügen über einen beruflichen oder akademischen Bildungsabschluss und 90 % haben Berufserfahrung. Doch ein gutes Jahr nach der Flucht sind nur 22 % erwerbstätig, und lediglich 20 % haben ein berufliches Anerkennungsverfahren durchlaufen. Die

meisten (70 %) sind im Sommer 2023 noch damit beschäftigt, Deutsch zu lernen. Indes zeichnet sich bei jenen, die bereits erwerbstätig sind, eine berufliche Dequalifizierung ab. Repräsentativdaten zufolge sind 2023 50 % der erwerbstätigen Männer und 57 % der erwerbstätigen Frauen mit ukrainischem Fluchthintergrund unter dem Niveau ihres vorherigen Berufs beschäftigt (ebd.: 85f.). Unsere bisherigen Interviews mit ukrainischen Geflüchteten bestätigen diese Befunde. Die ausgebildete und berufserfahrene Ärztin Anastasiya Lysenko\* kümmert sich in Steinbergen\* allein um ihre drei Kinder. Erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland hat sie die Möglichkeit, einen Integrationskurs zu besuchen – ihre drei Kinder sind inzwischen vier, sieben und fünfzehn Jahre alt und benötigen nach wie vor ihre Fürsorge. Bis es mit einem Wiedereinstieg in den Arztberuf funktioniert, der fortgeschrittene Deutschkenntnisse und die Anerkennung ihrer Ausbildung erfordert, dürfte es noch dauern. Auch Olena Kovalchuk\*, die in der Ukraine als Dozentin an einer Universität gearbeitet hat, macht sich diesbezüglich wenig Illusionen. Zwar hat sie bereits das Berufsanerkennungsverfahren abgeschlossen und das B2-Deutschzertifikat erworben, doch vom freien Sprechen ist sie weit entfernt: »Ich wünschte ich wäre ein wenig besser, denn das ist nicht das Niveau, dass freies Sprechen erlaubt, wenn Du verstehst, was ich meine.« Zudem hat sie alle Hände voll damit zu tun, sich um ihren halbwüchsigen Sohn und ihr Enkelkind zu kümmern. Sie versteht die Erwartungshaltung der Deutschen hinsichtlich der Integration der Ukrainer:innen und ist auch überzeugt davon, dass sie viele Potenziale zu bieten hätten, dass es aber nicht einfach wird, diese zu heben: »Die meisten von uns sind Frauen mit Kindern, aber wir können arbeiten und wir haben viele Potenziale und sehr gute Qualifikationen. Deshalb denke ich, dass wir uns sehr gut hier integrieren können. Und die Deutschen erwarten auch, das wir alles dafür tun.«<sup>22</sup>

#### 10.3.4 Zwischen Hier und Dort – ambivalente Entwicklungen

Nicht nur praktische Hürden behindern die Integration, sondern auch die eigenen Zukunftsperspektiven hinsichtlich einer möglichen Rückkehr in die Ukraine. Gerade in der ersten Geflüchtetenkohorte ist anfangs eine große Ambivalenz zu verspüren, wenn es um die Frage der Rückkehr geht. Olena Kovalchuk\* dachte, sie müssten nur einige Wochen überdauern, bis sich die Kampfhandlungen gelegt hätten, als sie Anfang März 2022 in Steinbergen\* ankam. Doch nun, da das dritte Jahr vergangen ist, glaubt sie nicht mehr an eine Rückkehr, zumal sie in der Ukraine ganz nah an der russischen Grenze lebt:

Als wir hier ankamen, dachten wir, wir würden das hier aussitzen, vielleicht einen Monat. Und wenn uns die Deutschen fragten, wie lange wir bleiben werden, sagten wir, wir wissen es nicht, vielleicht eine oder zwei Wochen, vielleicht einen Monat. Aber jetzt ist das dritte Jahr vergangen und bis jetzt sehen wir kein Ende. Und zweitens wohnen wir dreißig Kilometer hinter der Grenze. Und wir haben den Krieg vom ersten Tag an gespürt. (Ebd.)

---

<sup>22</sup> Interview mit Olena Kovalchuk\* (Pseudonym) aus der Ukraine, Oktober 2024, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin, übertragen vom Ukrainischen ins Englische von Oleksandra Cheban.

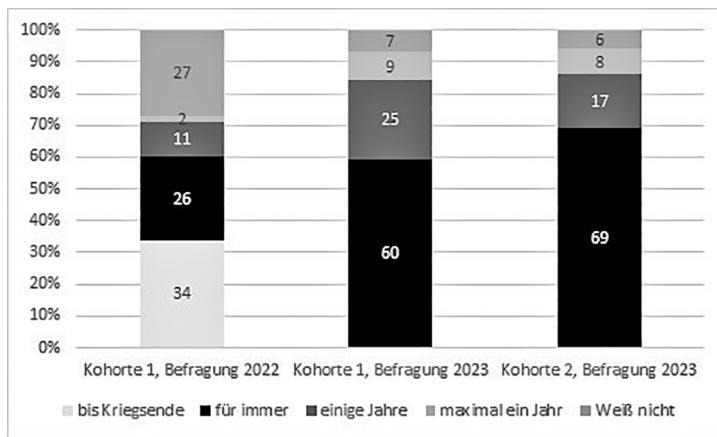
Auch die im Rahmen des SOEP-Panels durchgeführten Befragungen deuten eine Veränderung in der Bleibeabsicht an. Die erste Befragungswelle aus dem Sommer 2022 zeigt das große Ausmaß an Unentschiedenheit: Ein Drittel plante, bis zum Kriegsende zu bleiben, 27 % waren völlig unentschieden, und 26 % wollten für immer bleiben. Ein Jahr später ist der dauerhafte Bleibewunsch dieser ersten Befragungskohorte auf 60 % gestiegen und der Anteil der Unentschiedenen stark zurückgegangen. Die Tendenz zum dauerhaften Bleibewunsch ist noch stärker bei der zweiten Befragungskohorte zu sehen, die die Ukraine etwas später verlassen hat als die erste Kohorte (Abb. 10.3). Die multivariate Analyse dieser Daten zeigt, dass diejenigen, die sich in Deutschland willkommen fühlen, die positive Integrationsergebnisse bei sich sehen und die mit ihrem Partner zusammen in Deutschland leben, häufiger dauerhaft bleiben wollen als jene, auf die diese Aspekte nicht zutreffen. Zugleich knüpfen jene, die sich eine Rückkehr vorstellen können, diese an verschiedene Bedingungen, allen voran ein Ende des Krieges (90 %) und die wirtschaftliche Erholung des Landes (60 %) (IAB et al. 2022: 48f.).

Aus der Rückwanderungsforschung weiß man, dass die Abfrage von zukünftigen Wanderungsentscheidungen nicht sonderlich belastbar ist, denn Migrationsentscheidungen sind komplex. Sie erfolgen nur teilweise auf der Basis von Rationalität, und sie ändern sich mit der Aufenthaltsdauer und in Verbindung mit Lebens- und Familienzyklusphasen.<sup>23</sup> Zwar wünschen sie viele Ukrainer:innen, nach einem Kriegsende wieder in ihr altes Lebenumfeld zurückzukehren, aber angesichts der großflächigen Verwüstungen des Landes wird das Lebensgefühl der Vergangenheit sich nicht mehr mit den Realitäten der Gegenwart in Einklang bringen lassen, zumal über die Jahre am Zufluchtsort neue Ankerpunkte geschaffen werden, die die Geflüchteten nicht leichtfertig aufgeben möchten. Im Kontext der praktischen Mobilitätsmöglichkeiten zwischen der Ukraine und Westeuropa einerseits und den derzeitigen Schwierigkeiten, in einem Krieg führenden Land zu leben, trifft möglicherweise am ehesten der Begriff der *intentional unpredictability* zu, die die Migrationsforscher John Eade, Stephen Drinkwater und Michał Garapich (2006) einst für die polnische Ost-West Migration nach der EU-Erweiterung von 2004 vorgefunden haben. Sie erklärten damit die abwartende Haltung unter ost-europäischen Migrant:innen in Westeuropa, die angesichts der veränderten institutionalen Rahmenbedingungen für Migration, der unvorhersehbaren ökonomischen und politischen Entwicklung in ihren Heimatländern und in Anbetracht eigener familienzyklischer Entscheidungen keine klare Vorstellung von der Dauer ihres Migrationsprojekts entwickeln konnten.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Zur Komplexität von Migrationsentscheidungen vgl. Carling/Schewel 2018; einen Überblick zur Rückwanderungsforschung findet sich in Glorius 2013; der Zusammenhang von Rückwanderungsentscheidungen und Lebensphase wird dargelegt in Wingens et al. 2011.

<sup>24</sup> Ähnliche aus der empirischen Beobachtung abgeleitete Konzepte verborgen sich hinter den Begriffen der *Liquid Migration* (Engbersen/Snel 2013) bzw. *Liquid Return* (Anacka/Matejko/Nestorowicz 2013).

*Abb. 10.3: Bleibeabsichten ukrainischer Geflüchteter Herbst 2022 und 2023, in Prozent der Befragten*



Quelle: Info GmbH 2022, Kosyakova/Rother/Zinn 2025: 47, eigene Bearbeitung

Eine Betrachtung der empirischen Realität belegt, dass Rückwanderung in die Ukraine bereits jetzt stattfindet, parallel zu weiterhin hohen Ausreisezahlen. Die Wanderungsstatistiken zwischen Deutschland und Ukraine zeigen, dass bereits im Juni 2022 die Zahl der Wegzüge in die Ukraine ein Viertel des Zuzugsvolumens umfasste und sich danach bei etwa 50 % einpendelte. Im Frühjahr 2023 lag das Volumen der Rückreisen teils bei über 80 % im Vergleich zu den Einreisen! Es ist also eine hohe transnationale Dynamik zu verzeichnen, die angesichts der engen familiären Bindungen zwischen Ukrainer:innen in Deutschland und Angehörigen in der Ukraine auch erwartbar ist. Alle unsere ukrainischen Interviewpartner:innen können Geschichten über Rückkehrer:innen erzählen. Viele seien zurückgekehrt, weil sie von den Lebensbedingungen in Deutschland enttäuscht waren, weil sie die Trennung von Familienangehörigen nicht aushielten oder weil das Heimweh so stark war. Auch in der qualitativen Längsschnittstudie von Jonna Rock waren ein Jahr nach dem ersten Interview Mobilitätsentscheidungen gefallen: einige Frauen waren in die Ukraine zurückgekehrt, bei einigen war der Ehepartner nach Deutschland nachgekommen. Eine Interviewpartnerin war zunächst von Deutschland nach Kanada gegangen, wo sie sich zusammen mit ihrer Tochter gut integriert hatte. Doch sie litt stark unter der Trennung von ihrem Ehepartner und fühlte sich von ihrem eigentlichen Leben abgekoppelt, so dass sie beschloss, zurückzukehren.

Kanada ist ein wunderschönes Land, aber ich lebe hier nicht mein Leben. Ich habe in der Ukraine etwas zu verlieren, deshalb sind Deutschland, Kanada oder andere Länder für mich keine »Chancen«, sondern eher Zufluchtsziele (Rock 2025: 12, übersetzt aus dem Englischen durch die Autorin).

Das Zitat zeigt nochmals den großen Unterschied, den Fluchtmigration im Vergleich zu freiwilliger Migration darstellt, und welche Hypothek damit für das Ankommen und Einleben verbunden ist. Anders als bei anderen Geflüchteten-Gruppen in Deutschland ist

Rückkehr in die Ukraine bzw. ein temporärer Aufenthalt realisierbar. Das dürfte auch mittelfristig von Bedeutung sein, wenn sich die Lage in der Ukraine stabilisieren sollte. Angesichts der Tatsache, dass die Ukraine bereits vor dem Krieg ein Land mit einer sehr mobilen Bevölkerung darstellte, ist für die Zukunft ein erheblicher Anteil transnationaler Lebensentwürfe zu erwarten. Offen bleibt indes, ob die deutsche Gesellschaft damit umgehen lernt. Medial breit geteilte Vorwürfe verschiedener Politiker:innen, dass Ukrainer:innen, die von Deutschland aus regelmäßig nach Hause reisen, Sozialmissbrauch betreiben würden, lassen hier nicht das Beste hoffen (Casper 2022, Tagesschau 27.09.2022).

### 10.3 Eskalationen des Migrationsdiskurses

Am Mittwoch, dem 29. Januar 2025 kommt es zu einem denkwürdigen Ereignis im Deutschen Bundestag. Gerade erst hat man in einer Feierstunde der Befreiung des KZ Auschwitz und aller Opfer des Holocaust gedacht, da rüstet sich die CDU/CSU Fraktion zu einem Tabubruch, indem sie einen Antrag zur Verschärfung des deutschen Asylsystems mit Stimmen der rechtsextremistischen Partei AfD entscheiden lässt. Der Entschließungsantrag thematisiert verschiedene Straftaten von Asylsuchenden oder Zugewanderten der zurückliegenden Monate, konzentriert sich aber vor allem auf die öffentlich stark rezipierte Gewalttat eines Asylsuchenden in der fränkischen Stadt Aschaffenburg. Dort griff ein junger Mann aus Afghanistan eine Kita-Gruppe an und tötete ein Kleinkind und einen Erwachsenen, der sich ihm in den Weg stellte. »Bei dem Täter«, so der Entschließungsantrag,

handelt es sich um einen 28-jährigen afghanischen Asylsuchenden ohne Schutzzspruch, der ausreisepflichtig war. Er war zuvor bereits durch Gewaltdelikte auffällig geworden; trotz vorübergehender Einweisung in psychiatrische Einrichtungen und bestehender Ausreisepflicht lief er frei herum. (Deutscher Bundestag 28.01.2025)

Die aktuelle Asyl- und Einwanderungspolitik gefährde die Sicherheit der Bürger:innen und das Vertrauen in den Staat und seine Handlungsfähigkeit. Der Antrag spricht von Fehlanreizen für »illegale Migration« und Rechtsbrüche in Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die es erforderlich machen, »nationales Recht vorrangig anzuwenden, [...] so wie es in den Europäischen Verträgen für außergewöhnliche Notlagen vorgesehen ist.« Der in dem Entschließungsantrag enthaltene 5-Punkte-Plan fordert eine vollständige Abwicklung der asylbezogenen Migration in ihrer gegenwärtigen Form, die im Antragstext konsequent als »illegale« Einreise kriminalisiert wird.<sup>25</sup> Mit dem Verweis auf begrenzte Aufnahmeeinrichtungen fordert der Antrag dauerhafte Grenzkontrollen, die Inhaftierung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Personen, eine konsequenteren Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie den unbefristeten Ausreisearrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder.

<sup>25</sup> Für eine Dekonstruktion und Einordnung der im politischen Diskurs häufig fehlerhaft oder einseitig verwendeten Begrifflichkeiten sh. Fluchtforschungsblog 2025.

Eine rechtswissenschaftliche Betrachtung der Sachlage offenbart, dass die Vorschläge überwiegend gegen deutsches und europäisches Recht verstößen (Kluth 2025). Eine genauere Analyse der einzelnen Gewalttaten, auf die der Entschließungsantrag Bezug nimmt (Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg), und der Kontexte, in denen sie zustande kamen, zeigen überdies Handlungsbedarf an ganz anderen Stellen, beispielsweise in einer besseren Koordination des Behördenhandelns auf horizontaler und vertikaler Ebene, oder in einer Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Asylsuchenden. Deren eigene Gewalterfahrungen, monotone und belastende Lebensbedingungen während des Asylverfahrens und die Aussichtslosigkeit der persönlichen Zukunft nach einer Ablehnung des Asylantrages scheinen zumindest mitursächlich für etliche der dokumentierten Gewalttaten zu sein. In einem Interview für die Wochenzeitung »Die Zeit« bemüht der Unionspolitiker Jens Spahn die Umkehrung dieser Argumentationskette und fordert, »nicht noch mehr junge Männer mit posttraumatischer Belastungsstörung oder Gewalterfahrungen ins Land zu lassen, um die wir uns dann nicht angemessen kümmern können« (Die Zeit, 13.02.2025). Neben dem Ignorieren des zumindest bis dato noch geltenden Grundrechts auf Asyl wird in dieser Forderung ausgeblendet, dass Asylsuchende und abgelehnte Asylbewerber auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes lediglich Anspruch auf medizinische Notfallmaßnahmen haben. Eine frühzeitige Diagnose und Therapie posttraumatischer Belastungsstörungen und die damit verbundene Minderung des sich eventuell aufbauenden Aggressionspotentials ist ausgeschlossen. Damit finden wir hier ein Beispiel für eine einseitige Problembetrachtung, die im politischen Migrationsdiskurs allzu häufig vorkommt.

### 10.3.1 Die Erzeugung von ›Moralpanik‹

Eine empirische Betrachtung der Gewaltinzidenz in Deutschland lässt eher zweifeln, dass eine derart restriktive Migrationspolitik, wie sie der Entschließungsantrag fordert, die Sicherheitslage in Deutschland signifikant verbessern könnte. Denn trotz der erheblichen Einwanderungszahlen der vergangenen Jahre ist die Zahl schwerer Straftaten rückläufig. Zugewanderte und Asylsuchende sind zwar in der polizeilichen Kriminalstatistik überrepräsentiert, jedoch lässt beispielsweise ein konstanter Anteil von rund 13 Prozent Zugewanderter bei »Straftaten gegen das Leben« weder darauf schließen, dass das Land ohne Zuwanderung erheblich sicherer wäre, noch dass durch gewalttätige Zuwanderer eine »außergewöhnliche Notlage« in Deutschland entstanden ist, die die im Entschließungsantrag angekündigten restriktiven Maßnahmen rechtfertigen würde (BKA 2024).

Aus diskurstheoretischer Perspektive ist der Entschließungsantrag ein Beispiel für die Wirkweise von Erregungsspiralen, die durch gezielte diskursive Setzungen eines Problems herbeigeführt werden. Der dominante Fokus auf »eingewanderte Gewalt« führt zu einer Skandalisierung von Migration und bindet sie an das Stereotyp des brutalen, jungen, männlichen Asylsuchenden, der sich nicht an Gesetze hält und nicht integrierbar ist, und dem zur Gefahrenabwehr die Einreise komplett verweigert werden muss. Die Argumentationskette ist Paradebeispiel für ein Phänomen, das in der Diskursforschung als »Moralpanik« bezeichnet wird (Barlai/Sik 2017, Simonovits 2019). Sie funktioniert über die Entwicklung eines spezifischen Diskursrahmens für einen als

problematisch empfundenen Sachverhalt, innerhalb dessen eine kohärente Argumentationskette der Ursachen und Folgen eines Problems entwickelt und eine auf dieser Argumentation aufbauende Lösung vorgeschlagen wird. Dabei werden Sachverhalte nach Bedarf hervorgehoben und andere verschleiert, um eine konsistente Erzählung über Probleme, Ursachen, moralische Implikationen und Abhilfen zu konstruieren (Schrover/Schinkel 2014).<sup>26</sup> Unterstützend wirkt dabei eine selektive Berichterstattung. Eine Medienstudie aus dem Jahr 2019 hat beispielsweise ergeben, dass in den TV-Nachrichten acht Mal häufiger über ausländische Straftäter berichtet wird als über deutsche; in den Printmedien ist die Häufigkeit vierzehn Mal größer. Eine Gegenprobe mit der polizeilichen Kriminalstatistik zeigt, dass im gleichen Zeitraum doppelt so viel deutsche wie ausländische Straftäter erfasst wurden. Eingewanderte Gewalt wird also medial stark überhöht.<sup>27</sup> Und das wirkt sich auf die öffentliche Meinung aus. In einer Befragung aus dem Jahr 2022 stimmten weit über die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass »durch die Zuwanderung von Flüchtlingen [...] vor allem mehr Gewalttäter ins Land [kommen]« (Maurer et al. 2021, Richter et al. 2023).

Das Bedrohungs-Motiv hatte bereits Ende 2015 Eingang in die öffentliche Aufmerksamkeit gefunden. Vor allem nach der Silvesternacht 2015/16 in Köln, als es zu massenhaften sexuellen Übergriffen von Männern mit Migrationsbiographie auf dem Areal des Kölner Hauptbahnhofes kam, trübte sich die öffentliche Stimmung ein. In der Berichterstattung drängten Problematisierungen von Migration in den Vordergrund, die schließlich auch zu einer Veränderung der öffentlichen Stimmung führten. Das Integrationsbarometer der Bertelsmann-Stiftung zeigte in seiner Befragung 2017 deutliche Verschlechterungen der öffentlichen Wahrnehmung im Vergleich zu den Vorjahren. Vier Fünftel der Befragten befürchteten, Migration belaste die Sozialkassen (2012: 65 %); fast drei Viertel fanden, Zuwanderung führe zu sozialen Konflikten (2012: 64 %), 68 % vermuteten Probleme in den Schulen (2012: 64 %) und zwei Drittel befürchteten als negativen Effekt von Migration Probleme auf dem Wohnungsmarkt (2012: 47 %). Gleichzeitig sanken die Zustimmungswerte zu möglichen positiven Effekten von Einwanderung (wie etwa Ausgleich des Fachkräftemangels, Entlastung der Rentenversicherung) (Bertelsmann Stiftung 2017: 16f.).

Die durch Bevölkerungsumfragen abgebildeten Sorgen der Bevölkerung, dass Migration Gewalttaten, soziale Spannungen und Konkurrenz in der Versorgung mit öffentlichen Gütern fördert, werden auf politischer Ebene dafür genutzt, um restriktivere Maßnahmen zu legitimieren. Dabei wird mit Hinweis auf Umfrageergebnisse und Wahlverhalten das Argument bemüht, nur eine Lösung des ‚Migrationsproblems‘ könne das weitere Erstarken rechtsextremistischer Parteien verhindern. Die international vergleichende Forschung zu politischen Radikalisierungsprozessen hat allerdings ergeben,

<sup>26</sup> Allgemein zur kritischen Diskursanalyse vgl. Jäger 2012.

<sup>27</sup> Die mediale Überhöhung von ‚Ausländerkriminalität‘ zeigte sich auch bei der Berichterstattung über die drei mit Autos verübten Attacken auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg, eine Demonstration in München und eine Fußgängerzone in Mannheim im Herbst/Winter 2024/25. Die durch einen Deutschen verübte Mannheimer Tat erhielt medial lediglich halb so viel Aufmerksamkeit wie die von Migranten verübten Gewalttaten in Magdeburg und München (Zekri 12.03.2025).

dass der angedeutete argumentative Zusammenhang umgekehrt funktioniert: Rechtsradikale Parteien nutzen das Migrationsthema als Vehikel, um autoritäre Politikansätze in den Diskurs einzuführen. Sie sind damit erfolgreich, weil Diskurse um Migration identitätspolitisch aufgeladen werden. Hinweise auf überlastete Infrastrukturen, auf unerwünschte kulturelle Veränderungen durch Migration oder auf die Einwanderung von Gefahren stellen das ›Andere‹ in eine Gegenposition zum ›Eigenen‹ und finden gleichzeitig einen Schuldigen für alle identifizierten Problemlagen (Kunz 2021). Längst hat sich ›Migration‹ zu einem »gesellschaftsstrukturierenden Metanarrativ entwickelt, das vielfach als allgemein erklärende Kategorie für in der Regel gesellschaftliche Missstände herangezogen wird« (Foroutan/Ikiz 2016: 139). Damit schiebt sich der Rahmen des Sagbaren weiter nach rechts und sorgt für die Normalisierung rechtsradikaler Diskurspositionen. Der Steuerknüppel für diese Diskursverschiebungen wird virtuos von der in Teilen gesichert rechtsextremen Partei AfD bedient, zu deren »Markenkern« das »Narrativ vom ›gefährlichen Ausländer‹« gehört, wie der Kognitionspsychologe Christian Stöcker ausführt. »Sie hat es mit langem Atem strategisch in den Mainstream eingeschleust und die Union überlistet: mit gezielter Realitätsverzerrung« (Stöcker 2025).

### 10.3.2 Historische Kontinuitäten des Migrationsdiskurses

Die beschriebenen identitätspolitischen Aufladungen des Migrationsdiskurses weisen auf einen gesellschaftlich tief verankerten rassistischen Wissensbestand hin, der durch eine auf Verwertungslogiken fokussierte Migrationspolitik Bestätigung findet. Eine Rückschau auf historische Migrationsdiskurse zeigt, dass vor allem Krisensituationen diese impliziten Denk- und Ordnungsmuster zum Vorschein bringen. Deutlich wird das beispielsweise in den migrationspolitischen Diskursen um das Ende der ›Gastarbeiter‹-Anwerbung in der alten Bundesrepublik. Die Anwerbepolitik war von Anfang an als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument konzipiert, ohne sich politisch den mit Einwanderung verbundenen sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu stellen (vgl. Kap. 7). Dementsprechend hielt die öffentliche Tolerierung der ›Gastarbeiter‹-Einwanderung nur bis zum Beginn der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre. Bei steigenden Arbeitslosenzahlen schlug die auf einem ökonomischen Konsens beruhende zumindest teilweise Akzeptanz der Einwanderung in offene Aggression um, die sich vor allem gegen die Einwander:innen aus der Türkei richtete, die damals größte migrantische Gruppe in der Bundesrepublik. Zunehmend wurden herabwürdigende, rassistische und nationalistische Kampfparolen in den öffentlichen Diskurs eingebracht, wie »Unterwanderung, Überfremdung, multirassische Gesellschaft, oder Reinerhaltung der deutschen Rasse« (Bade 2004). Diese Haltung war auch unter politischen Akteuren der damaligen Zeit verbreitet und erhielt mit der Regierungsübernahme Helmut Kohls 1982 eine Plattform. In einer Bundestagsdebatte zur Migration am 4. Februar 1982 etwa teilte der CDU-Abgeordnete Alfred Dregger Einwander:innen nach ihrer ›Andersartigkeit‹ ein und kam zu dem Urteil, dass türkische Einwander:innen aufgrund ihrer Mentalität, ihrer nicht-christlichen Religionszugehörigkeit und ihrem »ausgeprägten Nationalstolz« »nicht zu assimilieren sind« (Jäger/Wamper 2017: 24f.). Erklärtes Ziel der konservativen

Bundesregierung war es daher, die Zahl der »Ausländer« in Deutschland bis 1990 zu halbieren (Meinhardt 1984: 19).

Das tradierte rassistische Wissen, dass sich in den völkischen Kategorisierungsmustern offenbart, unterstellt auch das Begriffsverständnis des »Ausländer«, der in den 1980er Jahren zu einem Kampfbegriff der Migrationsabwehr wurde. Denn die »Ausländer raus«-Rufe oder Akte der »Ausländerfeindlichkeit« richteten sich nie gegen weiße Einwander:innen, sondern beruhnten »auf einem geteilten gesellschaftlichen Wissen darüber, wer genau die Ausländer sind, die gehasst werden: nämlich jene Gruppen, die jeweils die unteren Stufen der Herkunftshierarchie belegen« (Alexopoulou 2020: 188).

Eine weitere ›Migrationskrise‹ zu Beginn der 1990er Jahre vermittelte einen Eindruck davon, wie im Zusammenspiel von politischem Diskurs, medialem Diskurs und ihrer Rezeption in der Öffentlichkeit eine als krisenhaft wahrgenommene Situation eskaliert werden kann. Durch den Zusammenbruch der bipolaren Welt stiegen die Zahlen der Flüchtenden aus Bosnien, aus Osteuropa und aus dem Globalen Süden nach Deutschland stark an und führten zu einem heftigen öffentlichen Diskurs über die Legitimität ihrer Fluchtgründe. Der Begriff des ›Asylanten‹ erhielt während dieser Zeit seine negative Konnotation, die zusätzlich durch Wortschöpfungen wie der des ›Scheinasylanten‹ zum Ausdruck gebracht wurde. Die aufgeheizte öffentliche Stimmung brach sich Bahn in zahlreichen tödlichen Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte sowie auf die Wohnhäuser von türkischen Einwandererfamilien. Eine Reaktion war nicht etwa eine Erhöhung der Sicherheitsmaßnahmen für Asylheime oder eine öffentliche Kampagne zur Förderung der Akzeptanz von Einwander:innen, sondern eine Verschärfung des Grundrechts auf Asyl durch eine Änderung des Grundgesetzes.

Im gegenwärtigen Konflikt um Migration, der ja vor allem die Reduzierung der Asylzahlen fokussiert, zeichnen sich die Kontinuitäten des Migrationsdiskurses deutlich ab, und auch die Mechanismen der Eskalation sind dieselben. Hinsichtlich der Koppelung an Krisenerscheinungen und deren Verstärkungseffekt für die »Moralpanik« sollte die derzeitige Lage bedenklich stimmen. Denn die nun (2025) seit drei Jahren andauernde Rezession und die sozialen und wirtschaftlichen Langzeitfolgen der Corona-Pandemie lassen eine weitere Zuspitzung der gesellschaftspolitischen Lage befürchten. Zudem führt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die sich damit zeigende Schwäche der Europäischen Sicherheitsarchitektur zu einer nachhaltigen Verunsicherung der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund steht zu befürchten »dass die absehbaren gesellschaftlichen Verteilungskämpfe sich weiter zuspitzen und wohl noch stärker als bisher völkisch und nationalistisch aufgeladen werden« (Kunz 2021).

## 10.4 Schließung oder Öffnung?

Wie die Erörterungen dieses Kapitels gezeigt haben, wurde die Krisenfestigkeit der Gesellschaft in den vergangenen Jahren stark herausgefordert. Nicht alle wahrgenommenen Krisen haben mit Migration zu tun, aber alle wahrgenommenen Krisen lassen sich ›migrantisieren‹. Damit meine ich, dass die Anwesenheit von Einwander:innen oder Geflüchteten pauschal als Ursache für erlebte objektive Missstände bzw. zur Erklärung subjektiven Unbehagens herangezogen wird. In der politischen Praxis sind zwei konträ-

re Modi zu beobachten, mit der Situation der Ungewissheit über den Verlauf von Krisen und Regulationsmöglichkeiten umzugehen, nämlich Strategien der Öffnung und der Schließung. Strategien der Öffnung fördern die Solidarisierung mit Gruppen, die von einer Krise betroffen sind, während Strategien der Schließung identitätspolitische Argumente in den Vordergrund rücken und auf dieser Basis so genannte ›Etablierten-vorrechte<sup>28</sup> reklamieren (Zick/Sandal-Önal 2023: 223). Für die ›Mitte-Studie 2022/23 wurden entsprechende Frage-Antwort-Module für schließende und öffnende Krisenmodi konstruiert (Tab. 10.1) und die angegebenen Präferenzen der Befragten mit ihrer objektiven und subjektiven Krisenbetroffenheit korreliert. Für jene, die den Schließungsmodus präferieren, zeigte sich eine stärkere subjektive Krisenwahrnehmung, die zudem mit objektiv krisenhafteren Lebensumständen (Wohnort in strukturschwacher Region) korrespondierte. Zudem zeigten diese Befragten eine stärkere Hinwendung zu antide-mokratischen Orientierungen.

*Tab. 10.1: »Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass...« Items aus der ›Mitte-Befragung, die einen öffnenden oder schließenden Krisenmodus repräsentieren*

| »Es kommt vor allem darauf an, dass...«                      | Anteil der Zustimmung in % |
|--|----------------------------|
| <b>Öffnender Krisenmodus</b>                                 |                            |
| ... wir alle zusammenhalten.                                 | 79,0                       |
| ... die Gesellschaft solidarisch mit den Schwächsten ist.    | 68,5                       |
| ... auf die Experten und die Wissenschaft gehört wird.       | 62,2                       |
| <b>Schließender Krisenmodus</b>                              |                            |
| ... wir unsere alten Tugenden aufrufen lassen.               | 47,0                       |
| ... Deutschland zuerst die eigenen Interessen durchsetzt.    | 48,9                       |
| ... die Grenzen stärker kontrolliert werden.                 | 52,4                       |
| ... das deutsche Volk seine Stärke zeigt.                    | 50,6                       |
| ... die Leistungsträger unserer Gesellschaft belohnt werden. | 46,6                       |
| ... die Jugend mehr in die Pflicht genommen wird.            | 57,0                       |

Quelle: Zick/Sandal-Önal 2023: 230–231, eigene Bearbeitung

Die politischen Bewältigungsstrategien der ›Migrationskrise‹ durch Schließungskonzepte sind insofern sozialpsychologisch schlüssig, da sie an der konstruierten Art der Bedrohung von außen andocken und dementsprechend die Hinwendung zur Eigengruppe fokussieren – unter Hinnahme ethnozentrischer Konnotationen, was wiederum gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen in der Einwanderungsgesellschaft heraufbeschwört. Und auch hier lassen sich Eskalationsspiralen erkennen, denn jede

28 Etabliertenvorrechte sind dergestalt definiert, dass jene, die aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft als etabliert gelten, Vorrang vor anderen haben sollten, die als Außenseiter:innen betrachtet werden (Zick/Berghan/Mokros 2019: 63).

medial präsente Gewalttat eines Migranten wird unmittelbar auf die imaginierte Gruppe projiziert, der dieser Gewalttäter angehört. Die Subjekte der Imagination bekommen das unmittelbar zu spüren. In einem im Februar 2025 ausgestrahlten TV-Beitrag des Westdeutschen Rundfunks berichtet beispielsweise ein 56-jähriger Düsseldorfer, der als Kind aus der Türkei eingewandert ist, wie er die seit Jahren wachsende Feindseligkeit gegenüber Muslimen erlebt.

Vor ein paar Tagen hat ein Afghane zwei Menschen getötet. Und dieser Afghane wird nicht als Mensch, der etwas getan hat, bewertet, sondern er ist im ersten Sinne ein Migrant, also bin ich in Mithaft. Er ist ein Muslim, also bin ich nochmal in Mithaft genommen. Und die Leute schaffen das auch nicht, mich dann eben neutral weiter zu bewerten, sondern ich muss mich immer rechtfertigen. (WDR 29.01.2025)

Der permanente Rechtfertigungsdruck erzeugt ebenso wie die konkret verspürte Ablehnung und ›Anders-Machung‹ Zweifel unter den Betroffenen, ob die deutsche Mehrheitsgesellschaft sie jemals vollständig als Teil der Eigengruppe akzeptieren wird (vgl. Textbox 10.2). Der im Kontext von Gewalttaten immer wieder aufflammende Disput über Ausweisung und den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft sorgen für eine tiefe Verunsicherung der migrantischen Communities, die bis in die zweite und dritte Generation hineinreicht, wie Delal Atmaca vom Dachverband der Migrantinnenorganisationen Da-Migra e.V. in einem Radiointerview zur Rezeption des CDU/CSU-Entschließungsantrages erklärt:

Viele Menschen haben Ängste, dass egal was sie machen, sie werden nicht dazu gehören. Was muss passieren, da kommt jemand und nimmt mir den Pass weg? Da ist etwas losgetreten, ja, das ist wirklich heftig für ganz viele Menschen, und das ist ein Drittel der Gesellschaft hier. (Zerback 2025)

Viele Deutsche mit Migrationsbiographie würden sich als »Menschen zweiter Klasse« fühlen, denen die Zugehörigkeit zu Deutschland abgesprochen wird. Aus ihrer eigenen Biographie heraus reflektiert Delal Atmaca den destabilisierenden Effekt der schließenden Rhetorik, die sich durch den Antrag und seine Verhandlung in der Plenar debatte zog:

Kann ich noch sagen, das ist mein Land? Ich bin als Kind hierhergekommen, und ich bin hier aufgewachsen. Das erste Mal, dass ich mich hier auch emotional zuhause gefühlt habe, war, als Frau Merkel mit diesem »Wir schaffen das« ein Bild von Deutschland nach außen vermittelt hat, dass wir in der Lage sind, solidarisch zu handeln, dass wir tatsächlich auch, wenn wir wollen, gerade in diesen Zeiten zusammenhalten können. [...] Das ist wirklich schade. Ich bin keine CDU-Wählerin eigentlich, aber ich habe gesehen, was diese Frau geschafft hat, ein Bild von Deutschland in der Welt gezeigt, wie selbstbewusst und wie stark dieses Deutschland ist. Und dazu wollte ich gerne gehören, zu diesem Deutschland. (Ebd.)

**Textbox 10.2: Das alles kam nicht über Nacht**

*Gesprächsprotokoll eines jungen Münchners, der 2015 als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland gekommen ist.*

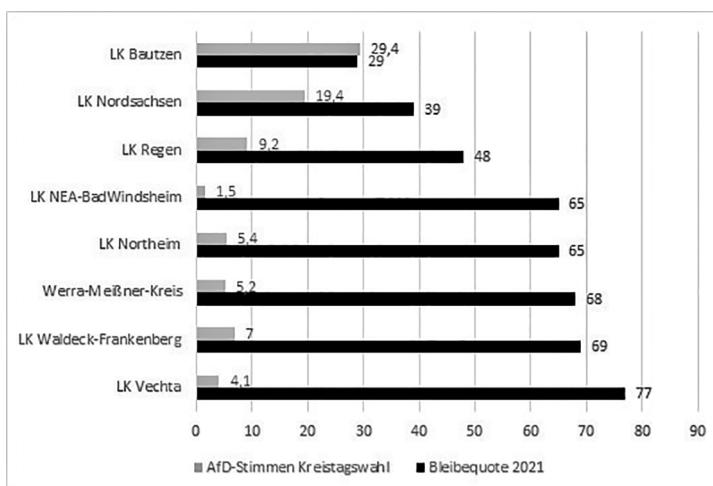
Ich habe hier in den vergangenen Jahren viele Freunde gefunden und viel Hilfe und Unterstützung von Ehrenamtlichen erfahren, wofür ich sehr dankbar bin. Ich fühle mich angekommen, bin inzwischen auch eingebürgert. Gleichzeitig ist da häufig dieses Misstrauen im Blick meines Gegenübers, wenn ich meinen Ausweis zeige – als ob ich immer noch nicht hierher gehöre. München ist bunt und offen, aber auch hier ist der Rechtsruck im Alltag zu spüren. Einige Leute haben heute keine Hemmung mehr, sich rassistisch zu äußern. Menschen, die migrantisch aussehen, werden schief angeschaut, beleidigt und angegriffen. Physische Gewalt habe ich zum Glück noch nicht erlebt, trotzdem nehme ich immer wieder wahr, dass ich nicht willkommen bin: Wenn ich mich in der S-Bahn in einen Vierersitz setze und eine Person direkt danach aufsteht. Wenn ein Passant neben meine Füße spuckt oder Menschen gebrochenes Deutsch imitieren, während sie mit mir sprechen – obwohl ich inzwischen fließend Deutsch spreche. Das alles kam nicht über Nacht, sondern hat sich in den vergangenen Jahren entwickelt. Die Politiker – nicht nur in der AfD – befeuern diese Entwicklung, indem sie Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete als Sündenböcke darstellen, ihnen die Verantwortung geben für alles, was in Deutschland schlecht läuft. (Catoni 2025)

Die schleichende Diskursverschiebung vollzieht sich regional in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Am deutlichsten ist rassistische Ablehnung dort erlebbar, wo einerseits wenige zu den stigmatisierten Migrant:innengruppen gehörende Menschen leben und andererseits die Messwerte von ›Ausländerfeindlichkeit‹ und die AfD-Wahlergebnisse am höchsten sind – ein Zusammenhang, der sich mit der bereits erörterten Kontakthypothese deckt. Mit Blick auf die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2025 lässt sich damit unschwer Ostdeutschland als ›Krisengebiet‹ ausmachen, insbesondere Regionen abseits der großen Städte, wo die AfD mit mehr als 40 % der Wählerstimmen mit großem Abstand stärkste Partei wurde und sich auch in der übrigen Bevölkerung rassistische Stimmungen verbreiten. Verschiedene Arbeitsmarktakteure warnen bereits seit längerem vor den negativen Folgen rassistischer Einstellungsmuster und einer fehlenden ›Willkommenskultur‹ für die regionale Wirtschaftsentwicklung (vgl. Álvarez et al. 06.09.2024, Iwd 23.10.2023, Tutt 2024). Denn viele Branchen sind auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, unter anderem öffentliche Versorgungsdienstleister im Bereich Gesundheit und Pflege. In Thüringen beispielsweise sind überdurchschnittlich viele ausländische Ärzt:innen beschäftigt. Bereits seit 2004 gibt es entsprechende Anwerbeprogramme, insbesondere um Versorgungslücken in ländlichen Regionen zu decken. Während landesweit 13 % aller Ärzt:innen einen ausländischen Pass haben, sind es in den ländlichen Regionen Thüringens bis zu einem Viertel, wobei eine erhebliche Fluktuation unter ihnen zu verzeichnen ist (Bahr 2024). Ein journalistischer Beitrag in der Frankfurter Rundschau geht der Frage nach, ob dies auch der gesellschaftlichen Stimmung

geschuldet sei, und zitiert eine Studie der Charité, dass »Diskriminierung eine sehr relevante Rolle bei der sozialen Integration von Mediziner:innen mit ausländischem Abschluss spielt und auch die Bleibeabsicht beeinflusst«. Die ausländischen Ärzte machen deutlich, dass »die Willkommenskultur eine wichtige Rolle [spielt], damit sie für sich und ihre Familien eine Perspektive sehen.« In diesem Zusammenhang wird das Verhalten der Bevölkerung und die allgemeine politische Entwicklung genau beobachtet. Ein aus Syrien stammender Arzt »weiß von Ängsten in seiner Community zu berichten: Viele hätten nach der Landtagswahl gesagt, sie wollten nicht, dass ihre Kinder hier zur Schule gehen, wenn Thüringen einen bestimmten Ministerpräsidenten hat« (Bielert 2025).

Zwar fehlen derzeit großflächige Repräsentativdaten, die den Zusammenhang zwischen Abwanderung und einem feindseligen Klima kausal belegen. Doch internationale Studien und journalistische Berichte aus Ostdeutschland geben deutliche Hinweise darauf (vgl. z.B. Buch/Rossen 2025, Delhaes 2024, Zajak et al. 2024). Die bewusste Entscheidung, in einer anderen Region Deutschlands ein Leben aufzubauen, wo die Menschen eine weniger ablehnende Haltung zeigen, deutet sich auch in unseren Forschungsdaten zur Integration von Geflüchteten in ländlichen Regionen an. Eine Auswertung von Registerdaten zeichnet die Verbleibsquote aller Geflüchteter nach, die in den Jahren 2012 bis 2021 in den acht von uns untersuchten Landkreisen amtlich gemeldet waren. In der folgenden Abbildung habe ich diese Bleibequoten mit den AfD-Wahlergebnissen zum Ende unserer Beobachtungsperiode zusammengeführt (Abb. 10.4).

*Abb. 10.4: Verbleibsquote\* Geflüchteter 2012–21 in acht ausgewählten Landkreisen (LK) und AfD-Wahlergebnis Kreistagswahlen 2019–21, in Prozent*



Datenquelle: AZR, Wahlergebnisse; \*Anteil von Asylsuchenden, die im März 2021 immer noch in dem Landkreis leben, in dem sie seit Januar 2012 mindestens 90 Tage gemeldet waren.<sup>29</sup>

29 Eine Vorarbeit dieser Abbildung ist erschienen in Kordel/Gasch/Glorius et al. 2023: 135.

Die Gegenüberstellung deutet darauf hin, dass selbst Geflüchtete, die so vielen wohnsitzbezogenen Restriktionen unterliegen, versuchen, Ankunftsregionen zu verlassen, in denen eher kein Willkommensklima herrscht. Zyniker mögen resümieren, dass damit die AfD ihr politisches Ziel erreicht hat.